Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil politisches und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittmaack, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von S. Pfankuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2,40 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die 6gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407.

Nr. 20. **Halle, Sonnabend den 23. Juni 1917.** **1. Jahrgang.**

Keiner hätte ihn gewagt...

Die Sozialdemokratie sieht, ohne die besondere persönliche Schuld und Verantwortung einzelner Personen, Parteien und Regierungen am Ausbruch des Weltkriegs zu verkleinern, seine objektiven Ursachen im wesentlichen in den wirtschaftlichen Interessengegensätzen der modernen Großstaaten begründet. Herrschende Machthaber und einflußreiche Kreise glaubten diese Gegensätze durch den Krieg zu überwinden und eine ungeheure Bereicherung ihrer Staatswirtschaften zu erzielen. Wie sehr aber, gerade auch von diesem Standpunkt aus, der Krieg sich als eine verfehlte Spekulation, als eine falsche Rechnung erweist, das zeigt Parvus in seiner neusten Broschüre „Die soziale Bilanz des Krieges" an einer Folge Gegenüberstellungen von geradezu verblüffender illustrativer Wirkung.

Aus der Fülle des bildhaften Materials hier einige der markantesten Beispiele:

In England glaubten die Imperialisten durch den Krieg die

Niederwerfung Deutschlands

und die wieder alleinige Vorherrschaft Britanniens auf dem Weltmarkt zu erreichen. Bis zum Schlusse des Krieges werden die englischen Kriegsanleihen sicher 100 Milliarden Mark betragen. Für 3 Milliarden hätte England sich eine neue Handelsflotte erbauen können, so groß wie die gesamte englische Handelsflotte vor dem Kriege. Mit dieser neuen modernen Flotte hätte England durch Schnelligkeit, Billigkeit, Leistungsfähigkeit in jeder Form die deutsche Konkurrenz ohne einen Schwertstreich schlagen können. 3 Milliarden aber sind weniger als die Zinsen, die England in Zukunft für seine Kriegsanleihen zahlen muß.

Die gesamte deutsche Warenausfuhr nach den englischen Kolonien betrug vor dem Kriege rund 450 Millionen Mark jährlich. Selbst wenn es England gelingen sollte, diese deutsche Ausfuhr gänzlich auszumerzen, so brauchte es 200 Jahre, um aus dem Handel mit den Kolonien den Schaden einzuholen, der ihm durch den Krieg erwachsen ist.

Deutschland führte vor dem Kriege für etwa 1500 Millionen Mark Waren nach England aus und bezog aus England für etwa 900 Millionen Mark. Selbst den bornierteſten Standpunkt eingenommen, daß dieser Ausfuhrüberschuß von 600 Millionen Mark ein Schaden für England sei, so würde es durch seine Verdrängung doch nur diese 600 Millionen Mark jährlich gewinnen. Zusammen mit den 450 Millionen Mark Verdrängung aus den Kolonien immer erst jährlich eine Milliarde Mark. Dann brauchte es also hiernach

immer noch 100 Jahre,

um auf diese Weise die 100 Milliarden Kriegskosten wettzumachen.

In Deutschland erstand, als England in den Krieg eintrat, aus dem kapitalistischen Gegensatz das Ziel: Ueberwindung der englischen Seeherrschaft, freie Bahn dem deutschen Handel auf den Weltmeeren. Der Krieg legt Deutschland an Kriegsanleihen mindestens 70—80 Milliarden Mark auf. Das überwiegt alle Vorteile, die ihm aus dem Kriege jemals hätten erwachsen können.

Die deutsche Handelsflotte besaß vor dem Krieg einen Wert von etwa ¾ Milliarde Mark. Schon ein geringer Bruchteil der Unsumme, die der Krieg verschluckt, hätte die deutsche Schiffahrt in den Stand setzen können, die Frachten so zu verbilligen, daß die Ueberlegenheit der deutschen Industrie im Welthandel gesichert war.

Ein andrer Gegensatz, den das deutsche Kapital durch die Ueberwindung der englischen Weltherrschaft zu beseitigen hofft, besteht in der Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland in bezug auf seine

Rohstoffversorgung.

Sein wichtigster Rohstoff, den es vom Ausland bezieht, ist die Baumwolle. Im Jahre 1913 führte es rund eine Million Ballen Rohbaumwolle ein. Für 12 Milliarden Mark hätte es nach einer Statistik aus dem Jahre 1910 die gesamte Landwirtschaft von South Atlantic in Nordamerika mit allen Gebäuden, Maschinen und Nutztieren aufkaufen können. South Atlantic aber produziert 4 Millionen Ballen Baumwolle, d. h. viermal soviel als die deutsche Textilindustrie gebraucht. Dazu die Produktion an Getreide, Vieh usw. Und 12 Milliarden sind nicht der 6. Teil der voraussichtlichen Schlußsumme der deutschen Kriegsanleihen. Für den Rest ließen sich sämtliche Kupferbergwerke und die gesamte Petroleumindustrie der Vereinigten Staaten aufkaufen und es blieben trotzdem noch viele Milliarden übrig.

In Frankreich hofft man durch den Krieg vor allem das Ziel: Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens zu erreichen. Frankreich hat durch den Krieg eine Schwächung erfahren, die durch kein Elsaß-Lothringen mehr gutgemacht werden kann.

Frankreichs Verlust an Toten und Invaliden betrug schon während der ersten zwei Jahre des Krieges 1½ Millionen in der Volkkraft stehender Männer und dürfte bis Ende des Krieges mindestens 2 Millionen erreichen. Das ist die doppelte Anzahl der gesamten männlichen Bevölkerung Elsaß-Lothringens, Greise und Säuglinge eingeschlossen, die nach der letzten Zählung nur 365 625 Personen betrug. Frankreich hat schon jetzt

zwei Elsaß-Lothringen verloren,

ohne daß es das eine zurückgewann.

In Rußland träumten die Machthaber am Anfang des Krieges von einer großen Machterweiterung. Um ihn beim Volke populär zu machen, suggerierte man ihm als Ziel die Befreiung von der angeblichen wirtschaftlichen Bedrückung durch Deutschland, die in dem Zustrom deutscher Waren und Kapitalien liegen sollte.

An Waren führte Deutschland im letzten Jahre vor dem Kriege nach Rußland ein: für 42 Millionen Rubel Lebensmittel, für 280 Millionen Rubel Rohstoffe und Halbfabrikate, für 320 Millionen Rubel Fertigfabrikate.

Die fertigen Fabrikate bilden also nur etwa die Hälfte der Einfuhr nach Rußland, und unter ihnen befanden sich für 120 Millionen Rubel Maschinen, Instrumente und landwirtschaftliche Utensilien. Ihre Einfuhr war sicher kein Schaden für Rußland, sondern ein großer Vorteil. Ein Vorteil ist auch die Einfuhr von Kapital, sofern es in dem kapitalschwachen Lande zur Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft dient.

Rußland dürfte nun bis zum Ende des Krieges etwa 70 Milliarden Mark Kriegsanleihen aufnehmen. Dieser Summe hätte es bei weitem nicht bedurft, um sein Eisenbahnnetz zu verdier- oder zu verfünffachen, das in Rußland auf 100 Quadratkilometer Fläche nur 1,2 Kilometer gegenüber 11,3 Kilometer in Deutschland beträgt. Durch ein gut ausgebautes Bahnnetz aber würde Rußland tatsächlich seine Industrie und Landwirtschaft heben und in die Reihe der modernen Wirtschaftsstaaten einrücken. Statt dessen hat es im Kriege die Kräfte des Landes bis auf den Grund erschöpft und ihm eine furchtbare Schuldenlast aufgebürdet, die zudem nicht ins eigne Land, sondern ins Ausland abfließt.

Rußland hat sein Ziel: Eroberung Konstantinopels und der Dardanellen nicht erreicht, die ihm übrigens für seinen friedlichen Handel und Verkehr immer offen standen, ist aber in die drückende Schuldknechtschaft Englands gekommen, das zu seiner Sicherung die russischen Zölle in Pfand genommen, sich industrielle Konzessionen ausbedungen und die russischen Auslandzahlungen kontrolliert.

Dieser Krieg hat allen Großstaaten, die ihn begonnen, so unermeßlichen Schaden gebracht, daß unbedingt

keiner ihn gewagt hätte,

wenn er seinen Verlust vorausgesehen.

In den ziffermäßig faßbaren Summen ist aber noch nicht einbegriffen die Zerstörung an privatem und staatlichem Gut, an Produktions- und Transportmaterial, an Rentenlasten, die den Staaten verbleiben, der Verlust an Absatzgebieten, die den neutralen kapitalistischen Ländern zugefallen sind, und ganz abgesehen von den Gefühlswerten, von den Verlusten, die in den Herzen der Mütter, Bräute, Väter, Geschwister, Freunde gebucht sind, der Verlust an reichtumschaffender Arbeitskraft, eine in Geldwert gar nicht abzuschätzende Summe.

Es gibt nichts Unvorteilhafteres für alle Beteiligten, als dieser Versuch der Lösung wirtschaftlicher Interessengegensätze durch den Krieg es ist.

Es gibt nichts Vorteilhafteres, als diesen Krieg, der jedem Lande täglich eine immer ungeheurere Schuldenlast aufbürdet, so schnell wie möglich zu Ende zu bringen. Auf der Grundlage: keine Annexionen, keine Eroberungen.

Man träumt von Eroberungen.

Gesetzt den Fall, es gelänge, Deutschland im Norden, im Osten und Westen Gebiete zu entreißen, ihm die Zugänge zum Orient, zu den Märkten des Stillen Ozeans zu versperren — es würde für Deutschland zu einer Existenzfrage werden, zu einer Frage seiner ganzen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung, dies wieder gutzumachen, und das deutsche Volk in allen seinen Teilen würde nicht ruhen und rasten, um die Schmach der Vergewaltigung, die ihm angetan, wieder abzuschütteln.

Dasselbe gilt im umgekehrten Falle aber auch für die andern Länder.

Annexion fremder Gebiete führt nicht zum gesicherten Frieden, sondern zu neuem, noch gewaltigerm Wettrüsten, zur gesteigerten Vergeudung an Kapital und Arbeitskräften für unproduktive Zwecke, zur Kriegsgefahr in Permanenz, bis zur neuen noch gewaltigeren kriegerischen Katastrophe hin.

Wie die Frage der Annexionen, so muß auch die der Kriegsentschädigungen aus der Diskussion ausscheiden.

Der Krieg ist die Schuld des kapitalistischen Systems überhaupt. Da soll man nicht die Völker für die Sünden der Regierungen und ihres Systems bluten lassen.

Die Kosten des Krieges sind aber auch so ungeheuer, daß sie von einer der kriegführenden Staatengruppen

überhaupt nicht getragen

werden können. Das würde einfach zum Ruin Europas führen. Die Verarmung großer Kulturstaaten wie England, Frankreich oder Deutschland, würde die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der ganzen Welt hemmen. Diese Staaten sind aufeinander angewiesen. Deutschland ist zwar der schärfste Konkurrent Englands auf dem Weltmarkt, aber zugleich ist es einer der besten Abnehmer Englands und England einer der besten Abnehmer Deutschlands.

Uebrigens ist die militärische Situation so, daß sich auf keiner Seite die Möglichkeit zeigt, der andern Kriegsentschädigung aufzuzwingen.

Die Fortsetzung dieses Krieges führt aber täglich zu einer immer

weitern Schwächung aller Beteiligten,

während das Kräfteverhältnis das gleiche bleibt. Die Lösung des Problems kann nur darin gefunden werden, daß ganz Europa sich wieder vereinigt, um es wiederherzustellen und über die Schäden des Weltkriegs wegzukommen. Es muß sich an den Gedanken gewöhnen, daß dieser Krieg ein ungeheures Unglück für seine Völker war, und daß es ihres ganzen Zusammenwirkens bedarf, um aus seinem Elend wieder herauszukommen.

So führt Parvus die überzeugenden Gegenüberstellungen weiter. Was er dann noch über die Möglichkeit der Gesellschaftsaufbesserung sagt, wenn Summen, wie man sie im Weltkrieg verbraucht, im sozialistischen Sinn angewendet würden, muß im Rahmen dieses Artikels übergangen werden.

Der Broschüre ist weite Verbreitung zu wünschen, damit sie mit hilft, vernünftige Anschauungen über die Bedingungen eines Friedensschlusses im gesamten Volke zu verbreiten. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170623-16/fragment/page=0001

Die Berner Depesche.

Der Schweizer Bundesrat Hoffmann muß zurücktreten und Robert Grimm muß die Leitung der internationalen sozialistischen Kommission niederlegen, weil sie das gräßliche Verbrechen begangen haben, für den Frieden wirken zu wollen.

In Genf schlägt inzwischen die Menge das deutsche Konsulatsschild herunter und die Fensterscheiben im österreichischen Konsulat ein, in Lugano wird der landverwiesene griechische König beschimpft und durch die Straßen gejagt. Wird deswegen jemand zurücktreten?

Man wird ein Wort der Entschuldigung sagen, sonst nichts. Denn in diesem Falle wird ja nicht das Kriegsinteresse der Entente verletzt.

Im italienischen Parlament droht Boselli unerbittliches Vorgehen gegen alle Friedensfreunde an. In Griechenland werden 150 Patrioten, die bewährtesten Staatsmänner des Landes, aus ihrer Heimat hinausgeworfen, weil sie der Entente unbequem sind.

Aber trotzdem bleibt die Entente die Befreierin der Völker und namentlich die Vertreterin des demokratischen Prinzips gegenüber dem autokratischen Deutschland.

Nach dieser Einleitung das heute vorliegende Material:

Robert Grimm veröffentlicht in Stockholm eine Erklärung über die Umstände seiner Ausweisung aus Rußland. Er erklärt, am 9. Juni seien Axelrod und Martow bei ihm erschienen und hätten ihn gefragt, ob der schweizerische Gesandte in Petersburg Friedensvorschläge der deutschen Regierung zur unmittelbaren oder mittelbaren Uebermittlung an die russische Regierung ihm übergeben oder ein dahin zielendes Ansinnen an ihn gerichtet habe. Es gebe ein derartiges Schriftstück, in dem der Name Grimms erwähnt und das von einem russischen Agenten in Bern an das Ministerium des Aeußern in Petersburg gesandt worden sei. Er, Grimm, habe beide Fragen verneint und diese Verneinung schriftlich zu Händen der Minister Tseretelli und Skobelew bestätigt und hinzugefügt, er lehne es überhaupt grundsätzlich ab, den Vermittler von Friedensplänen imperialistischer Regierungen zu spielen.

Diese Erklärung sollte am folgenden Tage in der „Iswestja" erscheinen. Die Sache eilte. Man wollte, sagt Grimm, Angriffen der bürgerlichen Presse zuvorkommen und durch rechtzeitige Abwehr auch eine Einmischung des in Rußland weilenden französischen Munitionsministers Albert Thomas vermeiden.

Am nächsten Tage enthielt die „Iswestja" aber die Erklärung nicht. Man sagte jetzt, daß weitere Nachforschungen über das Vorhandensein des Schriftstücks angestellt würden. Am 13. Juni erhielt Grimm auf sein Verlangen durch Vermittlung Tseretellis und Skobelews eine Abschrift der Berner Depesche an den schweizerischen Gesandten in Petersburg, die am folgenden Tage veröffentlicht werden sollte. Grimm sollte aber Gelegenheit haben, vor deren Veröffentlichung eine Erklärung zu erlassen.

In dem Entwurf dieser Erklärung führte Grimm aus, daß eine solche Depesche ihm weder unmittelbar noch mittelbar zugestellt worden sei. Wenn das Telegramm ein deutscherseits unternommener Versuch sei, seine Anwesenheit in Petersburg zugunsten der Zwecke des deutschen Imperialismus und eines deutschen Sonderfriedens auszunutzen, so betrachte er einen solchen Versuch als eine Herausforderung. Die russischen Minister hätten jedoch eine schärfere Spitze gegen die deutsche Regierung und einen scharfen Angriff gegen die schweizerische Regierung verlangt, was er trotz der Drohung mit seiner Verhaftung und schimpflichen Ausweisung abgelehnt habe. Schon deswegen habe er sich auf diese Zumutung nicht einlassen können, weil der Ursprung des Telegramms noch keineswegs festgestellt war.

Später vereinbarte Grimm mit einigen politischen Freunden einen neuen Entwurf einer Erklärung, der den Ministern unterbreitet wurde und deren Inhalt schon durch die Petersburger Telegraphen-Agentur veröffentlicht wurde. Die Minister blieben aber bei ihrer Meinung, auch diese Erklärung genüge nicht. Martow und Axelrod unterstützten Grimm; es wurde keine Einigung erzielt.

Die Verhandlungen waren bisher streng vertraulich geführt worden, nun aber erklärte die Partei Grimms durch Martow, man fühle sich durch kein Geheimnis mehr gebunden; Grimm selbst werde sich zwei bis drei Tage zur Verfügung der russischen Regierung halten, nachdem seine Abreise schon früher für den 15. Juni vorgesehen war. Am späten Nachmittag wurde Grimm in die Wohnung Skobelews gerufen, er begab sich, von Axelrod begleitet, dorthin und traf dort Tseretelli, später auch Skobelew. Ohne weiteres wurde ihm erklärt, die Minister fänden seine Erklärung ungenügend. Die Regierung beabsichtige selbst keine Maßnahmen gegen ihn, da aber zu befürchten sei, daß nach der Veröffentlichung des Sachverhalts Ausschreitungen entstehen könnten, werde er höflich gebeten, sofort abzureisen, worein er willigte. Die Abreise Grimms wurde darauf äußerst beschleunigt. Am folgenden Morgen verließ Grimm Petersburg und erreichte die Grenze ohne irgendwelche Schwierigkeiten.

Zum Schlusse erklärt Grimm, er halte es für unter seiner Würde, sich gegen den Vorwurf, er sei ein deutscher Agent, zu verteidigen und gehe über eine solche Verdächtigung mit Verachtung hinweg. Bevor sie auseinandergingen, fragte Grimm Tseretelli und Skobelew als Sozialisten, nicht als Minister, ob sie ihn für fähig hielten, die Rolle eines Agenten irgendeiner Macht zu spielen. Beide verneinten die Frage und erklärten, sie bedauerten es, daß er in seiner Erklärung nicht schärfer aufgetreten sei.

Grimm teilt mit, er habe bis zur Feststellung der Ursachen seiner Ausweisung sein Mandat für die Zimmerwalder Kommission den schwedischen Genossen zur Verfügung gestellt und die schweizerische Partei ersucht, nach Kenntnisnahme der Tatsachen und des Untersuchungsergebnisses über seine politischen Mandate und seine Stellung in der Partei in Schweiz zu entscheiden. —

Was der Krieg bringt.

Die Tiroler Offensive.

Aus Wien wird gemeldet:

„Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden verlief der gestrige Tag ruhiger. Die Kämpfe in diesem Gebiet brachten uns seit dem 10. Juni 16 Offiziere, 650 Mann und 7 Maschinengewehre ein.

Im Col-Dricum-Gebiet erfolgreiche Handgranatenkämpfe. Sturmabteilungen verhinderten im Vorfeld der Lagarusi-Stellung die Besetzung eines Sprengtrichters durch den Feind. Auf der Karsthochfläche wurden kleinere feindliche Unternehmungen abgewiesen." —

■ ■ ■

Weitere Versenkungen.

Im Atlantischen Ozean wurden nach amtlicher Bekanntmachung vom 21. Juni neuerdings eine Reihe feindlicher Handelsschiffe durch unsre U-Boote vernichtet. Unter den versenkten Dampfern befanden sich die englischen bewaffneten Dampfer „Drumcliff" (4072 Tonnen) mit Kriegsmaterial nach Rußland, „Partheni" (5160 Tonnen) mit Hafer und „Esneh" (3247 Tonnen) mit Stückgut.

■ ■ ■

Benghasi beschossen.

Amtlich wird mitgeteilt:

Am 30. Mai wurde von einem unsrer Unterseeboote die italienische Festung Benghasi an der nordafrikanischen Küste mit 40 Granaten beschossen. In erster Linie wurden Hafenanlagen und die funkentelegraphische Station mit sichtbarem Erfolg unter Feuer genommen. Noch längere Zeit nach der Beschießung wurde ein starker Brand in der Stadt beobachtet.

Benghasi, an der Ostseite der großen Syrte, ist im letzten Tripolitanischen Kriege von den Italienern nebst einem schmalen Küstensaum erobert worden. Die Italiener haben aber während des Weltkriegs ihre ins Innere vorgeschobenen Posten allmählich wieder aufgeben müssen. —

■ ■ ■

Die Eroberungsziele der Entente.

Der Londoner „Daily Telegraph" meldet aus Stockholm: Ich erfahre aus guter Quelle, daß der französische Minister Thomas einen russischen Vorschlag bezüglich einer Revidierung der Kriegsziele der Verbündeten mitbringt.

Das „Bulgarische Echo" schreibt dazu: Die Note, die der französische Minister Albert Thomas heimbringt, ist die Antwort auf die englische und die französische Note über Rußlands Verlangen nach Neufassung der Kriegsziele. Diese Antwort wird nicht für befriedigend gehalten. Die russische Regierung wendet sich gegen jedes imperialistische Streben in jeder Form, während die englische und die französische Regierung ihren ursprünglichen Plan aufrechterhalten. Jetzt werden sie beide auf die Probe gestellt. Sie sind zu einer Konferenz eingeladen, die demnächst die Kriegsziele nachprüfen soll.

Mit andern Worten: Sie sind vor die Wahl gestellt, den russischen Gesichtspunkt an- und so ihr Wort zurückzunehmen oder ihn abzulehnen und folglich zu brechen. —

■ ■ ■

Der internationale Kongreß.

Wir haben in der letzten Nummer die Einladung des Sowiet (Arbeiter- und Soldatenrat) in Pertersburg an die ungarische Sozialdemokratie veröffentlicht. Heute wird bekannt, daß die gleiche Einladung auch an die deutsche Sozialdemokratie gerichtet worden ist. Das Informationsbureau des Delegiertenrats in Stockholm hat an den Genossen Ebert folgendes Telegramm geschickt:

Im Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrats teilen wir mit, daß der Delegiertenrat in der Sitzung vom 2. Juni russ. Stil; also 15. Juni) beschloß, die internationale sozialistische Konferenz nach Stockholm zwischen 28. Juni und 8. Juli einzuberufen.

Tscheidse, Vorsitzender.

Die Delegation der deutschen Sozialdemokratie hat dem Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrats in Petersburg mitgeteilt, daß sie an der Konferenz teilnehmen werde. Sie hat vorher, am 7. Juni, schon folgendes Schreiben an den Sowiet abgehen lassen:

Werte Genossen!

Die Delegation der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften Deutschlands zur internationalen Konferenz in Stockholm hat sich mit dem in den letzten Tagen veröffentlichten Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrats beschäftigt, der die sozialdemokratischen Parteien aller Länder auffordert, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, die in der Zeit vom 28. Juni bis 8. Juli in Stockholm tagen soll. Der Aufruf ist uns im vollen Wortlaut noch nicht bekannt. Nach dem uns vorliegenden Texte werden die Parteien und Vereinigungen der Arbeiterklasse aufgefordert, dem Arbeiter- und Soldatenrat mitzuteilen, ob sie an dieser Konferenz teilnehmen wollen. Wir erklären uns gern zur Teilnahme bereit, wie wir stets während des Krieges bereit waren, die internationalen Beziehungen mit allen sozialistischen Parteien wieder aufzunehmen.

Die Sozialdemokratie Deutschlands hat während des Krieges ihre Politik unabhängig und selbständig bestimmt. Entscheidend waren für sie dabei die Interessen des arbeitenden Volkes. Aus den beigefügten Dokumenten ergibt sich, daß die deutsche Sozialdemokratie unausgesetzt und mit ganzer Kraft eingetreten ist für eine Verständigung des Proletariats aller Länder zur gemeinsamen Herbeiführung des Friedens. Alle imperialistischen Eroberungsabsichten sind von uns stets entschieden bekämpft worden. Diese Stellungnahme ermöglichte es uns, die russische Revolution leidenschaftlich zu begrüßen und uns durch den Beschluß unsers Parteiausschusses rückhaltlos auf den Boden der Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrats zu stellen, der die Völker zu gemeinsamem Vorgehen gegen den Frieden aufgefordert hat. Das vom Arbeiter- und Soldatenrat und der russischen Demokratie proklamierte Ziel: Friede ohne Annexionen und ohne Entschädigungen, ist auch unser Ziel. Der Wortlaut dieses Beschlusses unsers Parteiausschusses, den wir auch im Reichstag energisch vertreten haben, ergibt sich aus dem zweiten Teile des beigelegten Materials. Seite 84.

Das klassenbewußte Proletariat Deutschlands, das von jeher die russischen Freiheitskämpfe mit der größten Bewunderung verfolgt und tatkräftig unterstützt hat, wünscht nach dem Siege der russischen Revolution auf das lebhafteste eine dauernde Befestigung der russischen Demokratie. Sein eignes Interesse, seine Kämpfe um die freiheitliche Entwicklung Deutschlands machen ein freies, demokratisches Rußland als Nachbar dringend erwünscht. Ein auf Freiheit und Freundschaft beruhendes nachbarliches Verhältnis ist auch die sicherste Garantie für einen dauernden Frieden in Europa.

Unsre Bestrebungen sind auf rasche und gänzliche Beendigung des furchtbaren Völkergemetzels gerichtet. Ebenso wie der Arbeiter- und Soldatenrat haben auch wir bei unsrer Friedensarbeit nur den allgemeinen europäischen Frieden im Auge gehabt.

Zur Förderung dieser übereinstimmenden gemeinsamen Bestrebungen wäre uns eine direkte persönliche Beziehung zum Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg erwünscht. Für den Fall, daß der Arbeiter- und Soldatenrat den gleichen Wunsch hat, bitten wir um Uebermittlung eines entsprechenden Vorschlags.

Eine Abschrift dieses Schreibens haben wir gerichtet an die Genossen Tscheidse, Tseretelli, Skobelew, ebenso an die Redaktionen der Parteiblätter „Rabotschaja Gazeta" und „Nowaja Shizn".

In Ihrem Auftrag hat ferner uns das holländisch-skandinavische Komitee gebeten, uns für die Erteilung von Pässen an die Genossen Frimu und Christesco in Bukarest und Kaptchevitsch und Kaglerovitsch in Belgrad zu verwenden. Wir werden selbstverständlich gern in dem von Ihnen gewünschten Sinne tätig sein.

Die internationale, von den russischen Sozialisten beschlossene Konferenz in Stockholm wird also stattfinden. Fraglich ist aber noch, ob die Sozialisten der Westmächte daran teilnehmen werden. Die italienische und die französische Regierung verweigern die Ausstellung von Pässen. Die englische Regierung tut verdeckt das Gleiche und nimmt außerdem das Versprechen ab, daß die Delegierten Stockholm nur berühren und mit den Deutschen nicht zusammenkommen dürfen.

Wenn die Regierungen des Westens und Südens nicht schleunigst zu einer Aenderung ihrer Beschlüsse gezwungen werden, wird die Konferenz nur die Sozialisten Rußlands, des Vierbundes und der Neutralen vereinigt sehen. Auf das Verhältnis der Alliierten unter sich würde das natürlich nicht ohne Rückwirkung bleiben können. —

■ ■ ■

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170623-16/fragment/page=0002

„Ein paar Maschinengewehre".

Der Herausgeber der antisemitisch-konservativen „Politisch-anthropologischen Monatsschrift" Dr. Schmidt (Giebichenfels) wirft in der letzten Nummer dieser Zeitschrift die Frage auf, warum nicht jeder, der sich mit dem „wahrhaft teuflischen" Geiste Englands zu vertragen und zu verständigen hofft, „von der aufbrausenden Volkswut wie ein giftiges Gewürm zertreten und als unförmliche Leiche zur öffentlichen Warnung an den Pranger gestellt" werde. Die gleiche blutdürstige Gesinnung bekundet Herr Schmidt auch gegenüber den Anhängern des „Scheidemann-Friedens"; auch ihnen droht er damit, daß die Volkswut sie in Stücke reißen werde. Und endlich sagt er über die Möglichkeit einer Revolution:

> Ein paar Maschinengewehre in der Hand absolut zuverlässiger Leute — und die finden sich bei uns unter allen Umständen noch — würden genügen, um auch die größten Massenansammlungen in den Großstädten mit Leichtigkeit auseinanderzusprengen. Wenn es sich nicht um das Blut der eignen, ohne ihre Schuld von der Regierung mißleiteten und ausländischen Agenten irregeführten Volksgenossen handelte, dann könnte ein Vaterlandsfreund fast wünschen, daß solche Straßenputschversuche gemacht würden; denn dann würde, müßte endlich, endlich eine andre, willenskräftige, entschlußfähige Regierung die an der Erde schleifenden Zügel ergreifen und die innern wie die äußern Angelegenheiten im nationalen — nicht internationalen — Interesse lenken und leiten.

Das klingt wie aus einem Tollhaus und ist doch nur die letzte, absurde Konsequenz alldeutscher Weltbetrachtung.

* * *

Mehrere hundert Prozent Reingewinn.

Kürzlich brachten wir eine kleine Satire über die Schwierigkeit der bilanzmäßigen Unterbringung zu hoher Kriegsgewinne. Ein Unternehmer, der aus allgemeinen Gründen und aus Rücksicht auf die Kriegsgewinnsteuer nicht gern mit 100 Prozent Gewinn abschließen wollte, fragte in der Skizze einen Bilanzfachmann, wie er den Gewinn am besten aus dem Jahresschluß fortbringen könnte.

„Schreiben Sie doch alles Inventar auf eine Mark ab", lautete der Rat.

„Ist schon längst geschehen", war die traurig stolze Antwort.

„Dann setzen Sie doch die Summe für zweifelhafte Schuldner ab, buchen Sie z. B. alle Auslandsforderungen als zweifelhaft."

„Ist schon längst geschehen."

So ging es die Reihe der Ratschläge durch. Aber alle Mittel, die Gewinne zu verstecken, waren schon längst erschöpft; welches neue Mittel schließlich gefunden wurde, war in der Satire nicht erzählt, aber gefunden wurde eins, denn der Fall schloß damit, daß trotz alledem von dem Kriegsgewinn im Jahresschluß nur ein geringer Teil sichtbar wurde.

Das war, wie gesagt, eine Satire, eine Plauderei, eine Erzählung, die volkswirtschaftliche Phantasie ausgedacht hatte. Die Wirklichkeit übertrifft diese Erzählung noch bei weitem. Die Oeffentlichkeit erfährt darüber gelegentlich die Wahrheit, wenn sich in einem Unternehmen zwei Kriegsgewinn-Parteien streiten. So ist es jetzt in der Daimler-Gesellschaft. Die Daimler-Gesellschaft hat ihre Dividende für 1915 von 12 auf 28 Prozent erhöht und für 1916 eine weitere Steigerung auf 35 Prozent vorgenommen. Gewisse Aktionärkreise forderten die Auszahlung höherer Dividenden oder vielmehr die geschenkweise Ausgabe neuer Aktien an die Aktienbesitzer, um auf diese Weise das Kapital zu verwässern und höheren Profit ohne Auffehen auszahlen zu können. Zur Begründung machten sie über die „Blutüberfülle" der Daimler-Gesellschaft folgende Mitteilung:

> Sämtliche Grundstücke, Gebäude, Maschinen und sonstigen Einrichtungen der Gesellschaft stehen nur mit einer Mark zu Buche. Dabei hat allein der Grundbesitz einen Wert von über 8 Millionen Mark. Im letzten Jahre hat man allein auf Grundstücke 3,34 Millionen Mark abgeschrieben, obwohl sie natürlich schon längst nicht mehr mit ihrem vollen Werte zu Buche standen. Die offenen Reserven der Daimler-Gesellschaft wurden im letzten Jahr um 2½ Millionen Mark erhöht und der exorbitante Betrag von über einer Million auf neue Rechnung vorgetragen. Für die Kriegsgewinnsteuer wurden ungeheure Rückstellungen gemacht und auf der Schuldseite verbucht, so daß deren Gesamtbetrag von 9,3 Millinen im Jahre 1914 jetzt auf 26 Millionen gewachsen ist. Zugleich stiegen die Debitoren (Schuldner) der Gesellschaft von 5,5 Millionen im Jahre 1914 auf 34 Millionen in diesem Jahre; der Hauptteil davon sind Bankguthaben der Daimler-Werke, die mindestens doppelt so groß sind, wie das gesamte Aktienkapital, das 8 Millionen Mark beträgt.

Wo sonst noch Gewinne versteckt worden sind, ist uns nicht bekannt. Jedenfalls gelang es, den Reingewinn, der selbst nach Rechnung des Unternehmens hundert Prozent des Aktienkapitals überstieg, auf die auch noch ganz anständige Dividende von 35 Prozent herunterzudrücken. Der Riesengewinn wurde ausschließlich an Staatsaufträgen und Kriegslieferungen erzielt. Stolz verschämt sagte die Leitung des Unternehmens auf der letzten Generalversammlung: es entwickle sich zu der „vielleicht blühendsten Gesellschaft Deutschlands".

Die Daimler-Motoren haben für die deutsche Kriegführung zweifellos viel geleistet. Aber für die staatliche Steuergesetzgebung ergibt sich daraus, daß eine Kriegsgewinnsteuer, von 100 Prozent manchmal noch nicht den vierten Teil der Kriegsgewinne wirklich erfaßt. Von den 8 Millionen Mark Reingewinn hat die Daimler-Gesellschaft nur 2,8 als Dividende ausgeschüttet. Den großen kriegsliefernden Aktiengesellschaften geht es ähnlich wie dem Zauberlehrling, dem die dienstbaren Geister Wasser über Wasser heranschleppten, daß er zu ertrinken droht. Die Arbeiter, die Not der Frontsoldaten und die im Kriege doppelt große Freigebigkeit der Staatsverwaltung schleppen ihnen Gold über Gold heran — man sollte meinen, sie müßten fast darunter ersticken. Aber es sind Zaubermeister, die selbst die größten Millionensummen unterzubringen, auszuteilen oder zu verstecken wissen. Je mehr der Staat ihnen davon wieder abzujagen vermag, desto gesunder wird die deutsche Volkswirtschaft nach dem Kriege sein, destoweniger die Gefahr Wirklichkeit werden, daß das deutsche Volk in zwei Schichten von ungeheuer reichen Rentnern und elenden Arbeitssklaven zerfällt. —

* * *

Notizen.

Keine Pässe für Stockholm. Die italienische Regierung wird den italienischen Sozialisten tatsächlich keine Pässe für Stockholm ausstellen, und zwar infolge des Abkommens zwischen den Alliierten, wonach die italienische Regierung für die Reise nach Skandinavien nur Pässe bis Frankreich aushändigen kann; Frankreich aber bewillige keine Pässe für Stockholm. —

*

Ein Eisenbahnerstreik in Rußland. Am Donnerstag traten die Eisenbahner des ersten Abschnitts der Nikolaibahn, die Petersburg und Moskau verbindet, in den Ausstand, ohne die Ergebnisse der Arbeiten des Schlichtungsausschusses abzuwarten. Die vorläufige Regierung veröffentlicht aus diesem Anlaß einen Aufruf an die Bevölkerung der Hauptstadt, in dem sie diese auffordert, im Hinblick auf die Möglichkeit einer Ausdehnung des Streikes ruhig zu bleiben, und die Hoffnung ausdrückt, daß die Streikbewegung durch den Widerstand der übrigen Eisenbahner, die den Streik mißbilligen, zum Stillstand kommen wird. —

*

Verhaftungen in Tomsk. Reuter, der einen auffälligen Eifer zeigt, über anarchische Zustände in Rußland zu berichten, meldet aus Tomsk in Sibirien: Ueber die Stadt Tomsk wurde, nachdem von begnadigten Gefangenen, die unter die Waffen gerufen wurden, und von „Militanten-Anarchisten" zahlreiche Morde und Diebstähle verübt worden waren, das Kriegsrecht verhängt. Ueber 1500 Begnadigte und 800 andre Personen wurden verhaftet. Es wurde Widerstand geleistet. Etwa 20 Personen wurden getötet und eine Anzahl verwundet. —

*

Die ausgewiesenen Griechen. Gunaris und etwa 30 Ausgewiesene, darunter Dragumis, schifften sich an Bord eines griechischen Dampfers ein. — So meldet der französische Draht aus Athen. —

*

Das unterworfene Griechenland. Die Londoner „Daily Mail" erfährt aus Athen, daß der Ministerrat beschlossen hat, ein Kollegium aus zwei Vertretern der Athener Regierung und aus zwei Vertretern der Salonikier vorläufigen Regierung zu bilden, das über die Reorganisation des vereinigten Griechenlands beraten soll. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten wird ein vom (französischen) Oberkommissar ernannter Vertreter entscheiden. König Alexander hat sich auf sein Landhaus Kefissia zurückgezogen. —

*

Wegen der Landesverteidigung. Neun sozialdemokratische Nationalräte erlassen in der sozialdemokratischen Presse der Schweiz eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „Der Parteitag in Bern vom 10. Juni 1917 will uns die Pflicht auferlegen, die Landesverteidigung grundsätzlich abzulehnen und die Militärkredite zu verwerfen. Wir sind und bleiben Sozialdemokraten, ebenso sind und bleiben wir Internationalisten; eine Verpflichtung aber, die unsrer sozialdemokratischen Ueberzeugung widersprichtlehnen wir mit aller Entschiedenheit ab." —

*

Die Ernährung der Soldaten. In der französischen Kammer brachte Compère-Morel eine Interpellation über die Ernährung der Armee ein. Bei gewissen Truppenteilen sei die Kost außerordentlich schlecht. Es bestehe ein Unterschied in der Behandlung von Offizieren und Soldaten. (Lebhafter Tumult, den Präsident Deschanel nur mit Mühe beschwichtigen konnte.) Kriegsminister Painlevé erklärte, die Ernährung der Truppen sei die größte Sorge der Regierung, die alle nötigen Maßnahmen treffe. Die Erörterung dieser Interpellation möge gleichzeitig mit der Interpellation über die Aprioffensive in der Geheimsitzung behandelt werden. Compère-Morel bestand auf sofortiger Besprechung, schließlich wurde die Vereinigung beider Interpellationen von der Kammer mit 337 gegen 183 Stimmen angenommen. —

* * *

Depeschen.

Gegen die russische Formel.

W. T. B. Stockholm, 22. Juni. Zwei soeben aus Petersburg in Stockholm eingetroffene italienische Reformsozialisten, Labriola und Raimondo, erklärten einem Mitarbeiter „Aftenpostens" gegenüber, daß die italienische Sozialdemokratie zwar Frieden wünsche, aber nicht auf die Losung „Ohne Annexionen und Entschädigungen" eingehen könne. Es sei unmöglich, auf diesem Grundsatz einen dauernden Frieden aufzubauen, da ja dann Kriegsursachen, wie Elsaß-Lothringen und Trient, unverändert bestehen bleiben würden. Im übrigen baue man seine Berechnungen darauf, daß Deutschland in sechs bis sieben Monaten vollständig vernichtet sein werde. Rußland werde auf keinen Sonderfrieden eingehen, sondern im Gegenteil eine vervielfältigte Tätigkeit bei seinen militärischen Unternehmungen entwickeln. (Die Reformsozialisten sind die eifrigsten Kriegstreiber. Sie haben nicht das geringste Recht, für die italienische Sozialdemokratie, die scharfe Gegnerin des Krieges, Erklärungen abzugeben. Uebrigens hat auch Sonnino, der Minister des Auswärtigen, die Formel der russischen Regierung verworfen. Red.) —

Russische Emigranten.

W. T. B. Stugen, 22. Juni. Gestern sind hier 300 russische Staatsangehörige eingetroffen, die bisher in der Schweiz in Verbannung gelebt hatten und jetzt wieder nach Rußland zurückkehren dürfen. —

*

Fünf Dampfer verbrannt.

W. T. B. Genf, 22. Juni. Laut dem „Journal de Génève" sind im Hafen von Genua fünf italienische Dampfer verbrannt. Die Ursache des Unglücks ist unbekannt. Das Blatt schreibt, der Vorfall erinnere an die Zerstörung der Kriegsschiffe im vorigen Jahre. —

*

Die deutsche Minderheit.

W. T. B. Stockholm, 22. Juni. Laut „Socialdemokraten" wird die Ankunft der deutschen sozialdemokratischen Minderheit heute erwartet. Nach dem gleichen Blatte hat die sozialdemokratische Partei der Schweiz Karl Moor zu ihrem Vertreter ausersehen. — Wie „Dagens Nyheter" mitteilen, sind am Dienstag die vier italienischen Sozialisten Labriola, Raimondo, Lerda und Rappi in Stockholm eingetroffen.

*

Der wandernde König.

W. T. B. Lugano, 22. Juni. König Konstantin von Griechenland ist am Donnerstag morgen im Sonderzug nach Churfis in Graubünden abgereist. Auf dem Bahnhof hatten sich nur sehr wenige Neugierige eingefunden, da der Zeitpunkt der Abreise unbekannt war. —

*

König Venizelos.

W. T. B. Paris, 22. Juni. „Temps" meldet, daß Venizelos der englischen Regierung seine Politik infolge der Ereignisse in Athen in großen Linien darlegte. Er erklärte sich bereit, die konstitutionelle Monarchie anzunehmen und zu unterstützen, deren Rechte durch die verfassunggebende Versammlung, die, sobald es die Umstände gestatten, nach Athen einberufen werden soll, genau bestimmt werden sollen. Jetzt solle die willkürlich von König Konstantin im Juni 1915 aufgelöste Kammer wieder zusammentreten. Inzwischen würden zwei oder drei tatkräftige Mitglieder der venizelistischen Partei in das Kabinett eintreten. —

*

Die ungarische Wahlreform.

W. T. B. Budapest, 22. Juni. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ist das neugebildete Ministerium Esterhazy zum erstenmal erschienen. Die Abgeordneten sind fast vollzählig anwesend, die Galerien zum Erdrücken voll. Graf Moritz Esterhazy ergriff unter großer Spannung das Wort und sagte: „Die Grundlage des Kabinetts bildet die Wahlreform. Da der Wunsch der vom Wahlrecht ausgeschlossenen Massen mit dem auf dem verfassungsmäßigen Wege kundgegebenen Wunsche des Königs zusammentrifft, kann selbst die konservative Auffassung nicht die Notwendigkeit bestreiten, sich auf die breiten Schichten des Volkes erstreckenden Wahlreform bestreiten. Die Altersgrenze für das Wahlrecht wird auf 24 Jahre festgesetzt werden, jedoch werden die Frontkämpfer, die das Karlskreuz besitzen, auch unter dieser Altersgrenze das Wahlrecht haben. Die Wähler müssen von Amts wegen in die Wählerlisten aufgenommen werden. Die Reinheit der Wahlen wird durch ein Verbot der Zahlung von Reisekosten und der Verpflegung der Wähler sowie durch ein Verbot der Abzeichen und Fahnen gesichert werden. Wir hoffen, daß die gegenwärtige formale Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Schaffung dieser unerläßlichen Reform nicht verhindern wird. Sollten wir uns in dieser Hoffnung täuschen, so werden wir genötigt sein, Neuwahlen anzuordnen." —

* * *

Kämpfe mit Franzosen.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 22. Juni 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Von Ypern bis Armentières abends und nachts in einigen Abschnitten sehr rege Feuertätigkeit. Englische Vorstöße nordwestlich von Warneton und östlich von Houplines wurden zurückgewiesen.

Zwischen La-Bassée-Kanal und Senseé-Bach war zeitweilig das Feuer lebhaft. Ein Angriff der Engländer, der gestern morgen südwestlich von Lens einsetzte, scheiterte verlustreich im Feuer.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Mit großer Hartnäckigkeit suchten die Franzosen, die bei Bauraillon verlorne Stellung zurückzuerobern. Gestern vormittag liefen sie nach starkem Feuer viermal unter Einsatz frischer Kräfte an. Nach zähem Nahkampf verdrängten sie unsre Truppen aus einem Teile der Gräben nordöstlich von Bauraillon. Die weiter südlich angesetzten Angriffe hatten keinen Erfolg; der Feind erlitt hier durch unsre Abwehr hohe Verluste.

Rege Kampftätigkeit herrschte in der westlichen Champagne. Morgens griffen die Franzosen am Sattel östlich des Cornillet an und drangen in unsre Linien ein. Gegenstöße verhinderten sie, den errungenen Vorteil auszubauen.

Abends brachen unsre Stoßtrupps nordöstlich von Prunay und südwestlich von Nauroy in die französischen Gräben ein und holten 30 Gefangene und Beutestücke zurück.

Am Pochlberg südöstlich von Moronvilliers gelang ein sorgsam vorbereiteter Angriff in vollem Umfang. Teile von thüringischen und nassauischen Regimentern nahmen nach kurzem Feuerüberfall die feindliche Stellung in 400 Metern Breite. Ueber 100 Gefangene wurden eingebracht. Während der Nacht setzte der Gegner sieben heftige Gegenangriffe an, die ihm nur unwesentlichen Gewinn brachten.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine besondern Ereignisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Wieder war bei Smorgon, westlich von Luck, an der Bahn Zloczow—Tarnopol und an der Narajowka die Gefechtstätigkeit lebhaft.

Mazedonische Front:

In der Struma-Ebene Postengefechte.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170623-16/fragment/page=0003

Die unpolitischen Deutschen.

Das Handbuch deutscher Zeitungen verzeichnet für das laufende Jahr nur noch 2938 Zeitungen, während vor dem Kriege 3500 gezählt wurden. Davon erscheinen nicht täglich 1246 Zeitungen, täglich einmal 1561, täglich zweimal 109, täglich dreimal 8, täglich viermal 1. Soweit angegeben, beträgt die kleinste Auflage 150, die größte 270 000; eine Auflage bis 500 ist bei 63, eine Auflage von mehr als 100 000 ist bei 19 Zeitungen verzeichnet. Der kleinste Jahresumfang stellt sich auf 96 Seiten, der größte auf 10 918 Seiten.

Und nun kommt die interessante Statistik des politischen Bekenntnisses: 214 Blätter nennen sich konservativ, 61 freikonservativ, 214 national — auch eine unpolitische Bezeichnung —, 400 Zentrumsblätter, 216 nationalliberal, 277 volksparteilich, 79 sozialdemokratisch, 23 polnisch, 4 dänisch, und — 1450 parteilos.

Also genau die Hälfte aller in Deutschland erscheinenden Zeitungen — die Hälfte wenigstens der Zahl der Blätter, wenn auch nicht der Verbreitung nach — nennt sich parteilos! Genau die Hälfte aller Blätter beginnt die politische Erziehung des deutschen Volkes damit, daß sich diese Blätter selber unpolitisch nennen. Sie sind es zu einem großen Teil allerdings in Wirklichkeit nicht; dieser große Teil der unpolitischen Blätter treibt schon Politik, nur sagt er es nicht, und diese Politik ist dann in der Regel auch danach — solche Blätter entpolitisieren, indem sie politisch narkotisieren.

Und da wundert man sich, daß das deutsche Volk in großen Schichten noch immer so unpolitisch ist, daß ihm in großen Teilen aller Schichten — erst recht der „Gebildeten" — die Fähigkeit zum klaren politischen Tatsachenurteil noch immer so mangelt, daß diese großen Teile so jämmerlich leicht auf platte Stimmungsmache, auf dentagogische Phrasen hereinfallen? Man sollte wirklich darauf verzichten, sich zu wundern. Wieviel wird heute über die „Presse" geschimpft. Zum Teil mit Recht. Aber zu einem großen Teil, und gerade am lautesten, doch von solchen, die selbst von der Presse und von der Politik am wenigsten ahnen.

Wie wär's, wenn man anfinge, lieber einmal bei sich selbst Einkehr zu halten? Ist es würdig, daß ein reifes Volk die Hälfte seiner Zeitungen parteilos, unpolitisch sein läßt? —

* * *

Hochsaison in Kissingen.

Die Zeitungen für die Reichen und Wohlhabenden melden, daß jetzt nach der täglichen Kurliste soundso viele tausend vornehme Kurgäste in dem teuern Kissingen „Kur machen". Paul Schüler schreibt im „Berliner Tageblatt":

„Die Saison dieses lieblichen Badeortes hat ihren Höhepunkt erreicht. Spaziergänge im Glanze der Morgensonne an den üppig blühenden Wiesen vorbei gehören zu den höchsten Genüssen des Daseins. Der Frieden dieser Landschaft würde den Krieg vergessen lassen, wenn nicht die vielen Feldgrauen da wären, die an den Segen spendenden Quellen für ihre Nerven Genesung suchen. Viele Bäuche begegnen sich und wünschen sich einen guten Tag, und wenn unsre Feinde sie sehen könnten, so würden sie an unsrer vermeintlichen Hungersnot verzweifeln. In Friedenszeiten wälzten sich auch russische Bäuche durch die Kurallee; aber jetzt sind alle Bäuche national geworden. Der Rakoczy-Brunnen sorgt für ihre Verdauung.

In dieser Beziehung bot sich mir ein Erlebnis, das ich dem freundlichen Leser nicht vorenthalten will. Als ich nämlich, den vollen Becher in der Hand, an dem Kurdiener vorbeikam, drückte er mir vertrauensvoll eine Karte in die Hand gegen Entnahme von 10 Pfg. Was es alles gibt, dachte ich; denn auf der Karte stand in großen Buchstaben „Stuhlkarte" zu lesen. Daß nun auch für die Betätigung der Verdauung Karten eingeführt wurden, erschien mir gelinde gesagt seltsam. Hatten wir noch nicht genug davon? Da sich ein menschliches Rühren zeigte, so begab ich mich in die dafür eingerichtete Anstalt und legitimierte mich, indem ich der wohltätigen Frau die „Stuhlkarte vors Gesicht hielt. Die Frau warf einen Blick darauf, wies sie aber kopfschüttelnd zurück, indem sie mich darüber belehrte, daß diese Karte zur Befriedigung meiner Wünsche nicht nötig sei. „Wozu ist sie denn nötig?" fragte ich neugierig. „Diese Karte", belehrte sie mich, „berechtigt Sie, auf einem Stuhle vor dem Orchester Platz zu nehmen." Wie doch der Mensch sich irren kann!

Nach gelaner Verrichtung nahm ich denn auch vor dem Orchester Platz und erlebte hier einen der schönsten Genüsse, die man sich nur denken kann. Die Wiener Kapelle spielte unter Leitung des Meisters Spörr, daß es eine Freude war. So erweist es sich als eine der schönsten Pflichten der trefflichen Kurverwaltung, Ohr und Auge ihrer Gäste in gleichem Maße zu erlaben. „Wer einmal Rakoczy-Wasser getrunken hat, der kommt wieder." Das kann man von Kissingen sagen."

Das heißt wohl: wenn er das nötige Geld dazu hat und Fett besitzt, das er in diesen schweren Kriegszeiten nicht anders als durch eine Brunnenkur loswerden kann. Solche Aufsätze belehren uns, daß es auch in den trübsten Kriegszeiten, wo die Millionen der schaffenden Volksmassen jedes Opfer bringen und die schwerste Arbeit leisten, noch Gesellschaftsschichten gibt, denen es recht annehmbar geht. —

Kleine Chronik.

Die Badezeit fordert ihre Opfer.

Beim Rettungswerk ertrunken. Der Soldat Otto Franke aus Lichtenberg, der auf Urlaub in der Heimat weilte, hatte in der Müggelspree bei Hirschgarten gebadet und war Zeuge, wie ein dort ebenfalls badendes junges Mädchen in die Gefahr des Ertrinkens geriet. Der Soldat, der bereits das Wasser verlassen hatte, sprang sofort in die Fluten und hatte bereits die Ertrinkende erreicht, als er plötzlich lautlos versank. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht. Das junge Mädchen wurde von hinzukommenden Ruderern gerettet. — Durch die Leichtfertigkeit einer Schwimmerin ist der Barbier Joseph Sokolowski aus Schöneberg ums Leben gekommen. Sokolowski hatte mit einem Freund eine Bootsfahrt auf der Spree unternommen. Als beide an einem Freibad vorüberkamen, kletterte ein junges Mädchen in das Boot, um einen Kopfsprung zu machen. Dabei kippte das Boot um, beide Insassen fielen ins Wasser, und Sokolowski, der nicht schwimmen konnte, ertrank, während sein Begleiter gerettet wurde. — Auf dem Hohenzollernkanal in der Nähe des Westhafens in Berlin ereignete sich ein Bootsunfall, bei dem zwei junge Männer, deren Persönlichkeiten noch nicht festgestellt werden konnten, ertranken. Die jungen Leute wollten die Plätze wechseln, als plötzlich das Boot umschlug. Beide stürzten ins Wasser und ertranken. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden. —

Amtliche Bekanntmachungen.

Aus der von der Reichszuckerstelle erlassenen Verordnung vom 12. April 1917 **über Einführung von Zuckerumtauschkarten** wird folgender Auszug **bekanntgegeben:**

§ 5.

Entfernt sich der Versorgungsberechtigte für länger als einen **Monat, jedoch für kürzere Zeit als 6 Monate,** aus dem Kommunalverband seines Wohnsitzes, so kann er für jeden vollen Kalendermonat der Abwesenheit je eine Zuckerumtauschkarte im voraus durch den Kommunalverband seines Wohnsitzes beziehen.

§ 6.

Beträgt die Dauer der Abwesenheit weniger als einen Kalendermonat, so hat sich der Versorgungsberechtigte im Bedarfsfalle auf Grund seiner Kommunalverband-Zuckerkarte mit Zucker für die Dauer der Abwesenheit zu versehen. Zuckerumtauschkarten werden in diesem Falle nicht ausgehändigt.

§ 8.

Die Zuckerumtauschkarte (§ 5) lautet stets auf einen **Kalendermonat.**

§ 9.

Der Versorgungsberechtigte erhält für die Zeit, für die er Umtauschkarten empfangen hat, keine Zuckerkarten von seinem ursprünglichen Kommunalverband. Bereits erhaltene Zuckerkarten sind bei Entnahme der Umtauschkarten zurückzugeben.

§ 10.

Zuckerumtauschkarten ohne Siegel des ausstellenden Kommunalverbandes sind ungültig.

§ 11.

Der Versorgungsberechtigte erhält gegen Abgabe der Umtauschkarte in jedem Kommunalverband des Deutschen Reiches die für diesen Monat in dem Kommunalverband des neuen Aufenthalts gültigen Zuckerkarten.

§ 18.

Die Bestimmungen der §§ 1 bis 10 treten mit dem Tage der Veröffentlichung, die Bestimmungen der §§ 11 bis 17 mit dem 1. Mai 1917 in Kraft.

Hierzu wird für den hiesigen Stadtkreis bestimmt:

Die Ausgabe und die Einlösung der Zuckerumtauschkarten erfolgt bis auf weiteres in den zuständigen **Brotmarkenausgabestellen.** Bei der Entnahme von Zuckerumtauschkarten sind der **Lebensmittelschein und die bereits ausgehändigten hiesigen Zuckerkarten vorzulegen.**

Eine **Zurücknahme** von ausgestellten Zuckerumtauschkarten **findet nicht statt.**

Halle, den 22. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Auf Grund des § 6 Ziffer 1 der Verordnung des Bundesrats über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September/4. November 1915 (R.-G.-Bl. Seite 607 und 728) wird folgendes angeordnet:

§ 1.

Alle Unternehmer oder Leiter von Betrieben in Halle, in denen **Milch erzeugt** wird, ferner alle Personen, **welche Milch im Handel** oder **gemeinnützig abgeben,** werden hiermit aufgefordert, **bis Donnerstag den 28. Juni anzugeben, wieviel Milch** sie an den **einzelnen Tagen vom 17. bis 23. Juni an Verbraucher abgegeben** haben, **ferner wieviel Milch** sie an **diesen Tagen bezogen** haben und **von wem.**

Für die Anmeldungen werden im Stadt-Ernährungsamt (Marktplatz 22, Zimmer 35) Vordrucke ausgegeben.

§ 2.

Die Milchabgeber in Halle haben zugleich mit der Anmeldung gemäß § 10 der Verordnung des Magistrats vom 10. November anzugeben, **wie viele Kunden** bei ihnen angemeldet sind, **wie groß die Milchmenge** ist welche an die Kunden abgeliefert **werden soll** und welche Mengen **tatsächlich** an die Kunden geliefert **worden sind.** Alle diese Angaben sind **getrennt** für Inhaber von **Vollmilchkarten** und von **Gelegenheitskarten** zu machen.

§ 3.

Wer die Anmeldung unterläßt, wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird gemäß § 17 der obengenannten Verordnung des Bundesrats mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder an Geld bis 1500 Mark bestraft.

Halle, den 21. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Unter dem **Pferdebestand** des Roßschlächters Herrn Quandt hier, **Lange Straße 21,** ist die **Räude** ausgebrochen.

Halle, den 21. Juni 1917. **Die Polizeiverwaltung.**

Bekanntmachung über Höchstpreise für Fleisch und Fleischwaren.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 25. September und 4. November 1915 über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsreglung wird für den Stadtkreis Halle folgendes angeordnet:

§ 1.

Der Preis für das Pfund bester Ware darf nicht übersteigen für:

1. Rindfleisch	2,10
Rindfleisch ohne Knochen oder Knochenbeilage	2,40
Gehacktes	2,30
Knochen	0,20
2. Schweinefleisch:	
a) Frisches Fleisch und Fett	
Fleisch	1,80
Gehacktes	2,00
Fett	2,00
Schnitzel und Filet	2,30
Dickbein	1,30
Spitzbein	0,30
Kopf	0,80
b) Verarbeitetes Fleisch	
Kasseler Kamm	2,10
Kasseler Rücken	2,20
Schinken, roh, im ganzen	2,60
Schinken, roh, im Ausschnitt	3,00
Schinken, gekocht, im ganzen	2,80
Schinken, gekocht, im Ausschnitt	3,20
Geräucherter Speck	2,60
Pökelfleisch	2,00
c) Wurstwaren usw.	
Frische Blut- und Leberwurst	2,00
Geräucherte Blut- und Leberwurst	2,10
Sülzwurst (Schwartenwurst)	2,00
Mettwurst	2,40
Knackwurst	2,60
Jungenwurst	2,60
Schlach-(Zerwelat)Wurst	3,00
Ausgelassenes Fett	2,40
3. Kalbfleisch	1,70
Schnitzel	2,30
4. Hammelfleisch	2,10

§ 2.

Die festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (Reichsgesetzblatt S. 516) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar 1915 und 23. März 1916.

Zuwiderhandlungen werden gemäß § 6 dieses Gesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft, auch kann neben der Gefängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt und angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzumachen ist.

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit dem 25. Juni 1917 in Wirksamkeit.

Halle, den 21. Juni 1917. **Der Magistrat.**

U.T Leipziger Strasse 88
— Fernsprecher 1224. —
Die rote Nacht
Gewaltiges Schauspiel in 3 Akten. 78
Der arme Millionär
Reizendes Lustspiel.

U.T Alte Promenade 11a
Fernruf 5738.
Der Liebling des Publikums!
HennyPorten
in
Die Prinzessin von Neutralien
Erstklassiges Lustspiel in 4 Akten. 77
Der Raub in den Sudubergen
Ein afrikanisches Filmspiel.

3 Könige Varietee
Kleine Klausstraße 7
Wollen Sie einige heitere Stunden verleben, gehen Sie dort hin. — 79
Die urkomische Posse:
Einquartierung bei Jungfer Therese

Auf Abzahlung
liefern wir einzelne
Möbel 80
Polstermöbel, ganze Wohn.-Einrichtungen, Herren- und Knabenkleidung, Teppiche, Kinderwagen.
Zahlungsbedingungen günstig.
Eichmann & Co.
Gr. Ulrichstr. 51, Eingang Schulstraße

Ton-Butterkühler
kühlen ohne Eis durch Verdunsten. . . Stück 1.75
C. F. Ritter
90 Leipziger Straße 90
5 Prozent Rabatt-Sparmarken.

Malergehilfen
werden gesucht 3497
Marwedel, Große Steinstr. 12.

Bad Oittekind.
Sonntag den 24. Juni, früh ½7 Uhr
Frühkonzert
nachmittags 3½ Uhr
Kurkonzert
vom Stadttheater-Orchester unter Leitung des Kapellmeisters Noehren
Eintrittspreise:
Frühkonzert 25 Pfennig, nachmittags 35 Pfennig einschl. städt. Kartensteuer.
3483

Zoo.
Reicher Tierbestand.
Sonntag den 24. Juni, nachmittags 3½ Uhr
Konzert
vom Gerlach-Orchester.
Leitung: Musikdirektor H. Gerlach.
Abends 7½ Uhr
Groß. Abendkonzert
Eintrittspreise:
Erwachsene 50 Pfennig, von abends 7 Uhr an 35 Pf., Kinder 20 Pf., Militär ohne Dienstgrad vormittags 10 Pf., nachmittags 20 Pf.
Bei ungünstigem Wetter finden die Konzerte im Saale statt.
3434

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170623-16/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 20. Halle, Sonnabend den 23. Juni 1917. 1. Jahrgang.

Wie es zur Fraktionsspaltung gekommen ist.

Von Ad. Thiele (Halle).

VII.

Das eben ist der Fluch der bösen Tat. . .

Weitere Schritte auf dem Wege zur Spaltung.

Obwohl ihn Mehring und R. Luxemburg als „Theoretiker des Sumpfes", als „willfährige Magd", als Vertreter „des freiwillig übernommenen Eunuchentums" bezeichnet hatten, half Kautsky fleißig mit, daß noch im Mai 1915 eine enge Verbrüderung zwischen den verschiedenen Gruppen der Opposition, den Internationalisten, den Spartacusleuten und dem „Sumpfe", wie die Fraktionsminderheit von den andern Opponenten mit Vorliebe genannt wurde, sich vollzog. Das „Gebot der Stunde" von Bernstein, Haase und Kautsky war der erste Beweis endgültiger Unterwerfung des „Sumpfes" unter die Internationalisten und Spartacusleute und der erste bewußte Schritt zur Spaltung gewesen. Kautsky lernte im Eiltempo um. Wenige Monate genügten ihm, in der „Neuen Zeit" das genaue Gegenteil von dem zu befürworten, was er vorher als einzig wahr in demselben „wissenschaftlichen Organ des Sozialismus" verkündet hatte. War ihm noch im Mai 1915 die Disziplin in der Partei der unerläßliche Grundpfeiler gewesen, so bewies er am 29. Oktober und 5. November 1915 in der „Neuen Zeit", nur durch Aufhebung der Disziplin, nur durch selbständiges Auftreten der Minderheit im Reichstag könne die Einheit der Partei gewahrt werden.

Seiner neuen Theorie wurde sehr bald praktische Folge gegeben. Am 9. Dezember 1915 hatten Scheidemann und Landsberg unsre Friedensinterpellation begründet. Schon für diesen Tag hatte die Minderheit öffentlich im Reichstag gesondertes Vorgehen geplant. Sie fand jedoch nicht das richtige Gelenk heraus. Haase hatte nur vermocht, im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte, die sich wegen der versuchten Mundtotmachung Landsbergs entwickelte, die Hauptsätze der Gegenerklärung wirkungslos einzuflechten. Die Minderheit mußte sich begnügen, ihre beabsichtigte Erklärung als Flugblatt erscheinen zu lassen. Das gab der „Leipziger Volkszeitung" Anlaß zu hoffen, „diese Erklärung werde der erste Schritt zum selbständigen Auftreten der Minderheit im Reichstag sein". Auch der „Vorwärts" hatte sich, schon seit Frühjahr 1915, redlich bemüht, die Minderheit zur öffentlichen Trennung von der Mehrheit anzuspornen.

Diese Trennung erfolgte am 21. Dezember 1915. Wir in der Mehrheit fühlten, was kommen würde, wenn die Minderheit auch in den Fraktionssitzungen, die sich immer unerquicklicher gestaltet hatten, es nicht Wort haben wollten. Der Parteivorstand hatte Mitte Dezember 1915 unter der Ueberschrift „Es geht um die Einheit der Partei" einen Warnruf erlassen. Der „Vorwärts" veröffentlichte den Aufruf nicht. Als Ebert am 21. Dezember namens der Fraktion gesprochen hatte, gab Geyer für 20 Fraktionsmitglieder die besondere Erklärung ab, daß sie im Gegensatz zum Fraktionsbeschluß die Kredite ablehnten. Damit war die Trennung vollzogen. Die Erklärung war erfolgt, ohne daß die Unterzeichner vorher in der Fraktion die Aufhebung des Beschlusses vom 2. Februar 1915 auch nur beantragt hätten, der ihnen ihr Vorgehen strikt verbot und dem sie selbst zugestimmt hatten. Der Beschluß war dahin gegangen, daß die Fraktion im Plenum einheitlich aufzutreten und zu stimmen habe. Er war lediglich die Wiederholung eines Beschlusses gewesen, den die Fraktion vor einem halben Dutzend Jahren auf Antrag Bebels gefaßt hatte. Als damals bei der Abstimmung über die elsässische Verfassung einige Fraktionsmitglieder im Widerspruch zum Fraktionsbeschluß gegen die Verfassung gestimmt hatten, wusch ihnen in der nächsten Fraktionssitzung Bebel zunächst ganz gehörig den Kopf und beantragte dann:

Die Abstimmung der Fraktion im Plenum des Reichstags hat geschlossen zu erfolgen, soweit nicht für den einzelnen Fall die Abstimmung ausdrücklich freigegeben ist. Glaubt ein Fraktionsmitglied nach seiner Ueberzeugung an der geschlossenen Abstimmung der Fraktion nicht teilnehmen zu können, so steht ihm das Recht zu, der Abstimmung fernzubleiben, ohne daß dies einen demonstrativen Charakter tragen darf.

Dieser von Bebel erwirkte, neuerdings als „Gewissenszwang" hingestellte Beschluß war am 2. Februar 1915 erneuert worden, und zwar mit 93 gegen 4 Stimmen. Nur Liebknecht, Rühle, Edm. Fischer und wohl Dr. Erdmann hatten dagegen gestimmt. Haase wie Geyer, Ledebour wie Henke, Stadthagen wie Bernstein und alle andern Mitglieder der spätern „Arbeitsgemeinschaft" befanden sich ohne Ausnahme unter den 93, die für Erneurung des Bebelschen Beschlusses gestimmt haben. Sie haben seine Aufhebung nicht beantragt, trotzdem ihn durchbrochen. — Rühle bezeichnete das als „ein Ereignis vor großer Tragweite", denn die Spaltung der Fraktion werde zur Spaltung der Partei führen. Und als der „Vorwärts" diese unzweideutige Voraussage dahin umdeuten wollte, Rühle habe sich nur „etwas undeutlich ausgedrückt", erklärte dieser nochmals kurz und bündig:

Diese Sonderaktion sehe ich für den ersten Schritt zur Fraktionsspaltung — und konsequent weiter gedacht — auch der Parteispaltung an.

Ob aus Mangel an Aufrichtigkeit oder aus Mangel an Einsicht, bleibe dahingestellt, jedenfalls stellten die Haase und Genossen in Abrede, durch ihr Auftreten auf die Spaltung der Fraktion hingewirkt zu haben; sie hätten nur ihrem „Gewissen" gehorcht und getan, was der Sozialismus ihrer Ueberzeugung nach fordere; auch glaubten sie damit der Parteieinheit genützt zu haben. Angesichts dieser Erklärungen ließ es die Fraktion bei einer Rüge, die den Disziplinbruch verurteilte und die mit 63 gegen 15 Stimmen beschlossen wurde, bewenden.

Umsonst hatten die Haase, Ledebour und Gefolge gehofft, durch ihr Verhalten am 21. Dezember 1915 die Mehring-Gruppe innerlich mit sich aussöhnen zu können. Trotz des seit Mai 1915 bestehenden Bündnisses wurden sie von den Internationalisten und den Spartacusleuten rücksichtslos bloßgestellt und die Arbeiter aufgefordert, den Kampf gegen die „Sozialpatrioten" des „Sumpfes" aufzunehmen. Es ist vergnüglich, daß die Benennung als Sozialpatrioten, die von der Minderheit seit geraumer Zeit mit Vorliebe gegen die Fraktionsmehrheit angewendet wird, zunächst gegen sie selbst gerichtet war. Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie. — Unbarmherzig und ununterbrochen ließen bis März 1916 die Internationalisten und Spartacusleute die Peitsche auf die Köpfe ihrer Verbündeten vom „Sumpfe" niedersausen, so daß Ledebour und Haase in einem von ihnen unterzeichneten Flugblatt erklärten. „Unter solchen Bedingungen mit ihnen (den Internationalisten und Spartacusleuten) weiterzuarbeiten, verbietet uns die Selbstachtung". Aber sie arbeiteten trotzdem mit ihnen weiter und waren auf Erwerbung ihrer Zufriedenheit bedacht. Ihr Mut zur Selbständigkeit äußerte sich nur der Fraktionsmehrheit gegenüber, von der sie keine Prügel befürchteten, wie sie ihnen von der andern Seite in ausgiebiger Fülle verabreicht wurden. Nur dieser Mehrheit gegenüber entschlossen sie sich zu „mannhafter Tat".

Sie wurde vollbracht am 24. März 1916.

Halle und Saalkreis.

Halle, 23. Juni 1917.

Herabsetzung der Fleischration?

Einem auswärtigen Blatte wird von amtlicher Stelle folgendes mitgeteilt:

Die Kommunalverbände der Provinz Sachsen haben beschlossen, vom 25. Juni ab die Fleischmenge, die auf die Reichsfleischkarte entnommen werden kann, auf 150 Gramm herabzusetzen. Diese Maßnahme beruht auf einem freiwilligen Uebereinkommen der Kommunalverbände der Provinz, und ist vorausgesorgend, damit im Winter genügend Milch und Butter vorhanden ist. An und für sich wäre noch genügend Rindvieh da, um die Fleischzulage bis zum 15. August weiter zu gewähren. Im Interesse der ausreichenden Versorgung mit Milch und Butter sollen jedoch die Rindviehbestände möglichst geschont werden. Die Bevölkerung wird durch diese Maßnahme nicht empfindlich getroffen werden, da die Fleischmenge nur bei der Reichsfleischkarte gekürzt wird, bei der Kommunalfleischkarte aber unverändert bleibt. Auf die Kommunalfleischkarte werden also wie bisher auch fernerhin 250 Gramm Fleisch verabfolgt werden, so daß der Bevölkerung das billige Fleisch voll zur Verfügung bleibt. Diese Kürzung am Fleischverbrauch wird um so weniger einschränkend wirken, als ja auch im Frieden zur heißen Sommerzeit der Fleischgenuß sich von ganz allein verringerte, schon aus gesundheitlichen Gründen.

Ob und inwieweit das ganz allgemein für die Städte der Provinz Sachsen zutreffend ist, das läßt sich natürlich noch nicht sagen. Doch wird schwerlich an der Richtigkeit dieser Meldung zu zweifeln sein. Denn erstens hat sie zuviel innere Wahrscheinlichkeit für sich, zweitens liegen auch schon aus mehreren Städten entsprechende Meldungen über die Herabsetzung der Fleischration vor.

Danach hat sich also die Bevölkerung wenigstens unserer Provinz mit einer weiteren Einschränkung ihrer ohnehin kümmerlichen Lebenshaltung abzufinden. Ob das unbedingt notwen-

Der Tanz des Todes.

Von W. Wladimirow.

Aus dem Russischen von Viktor Kalinowski.

(8. Fortsetzung.)

Okscheja verließ den zehnten Pavillon festen und kühnen Schrittes. Freude entströmte seinen flammenden Augen. . . . Am Schafott stand der Geistliche mit dem Kreuz in der Hand. Er wandte sich an den Verurteilten mit den Worten:

„Tue Buße, mein Sohn!"

Der Delinquent blickte ihn durchdringend an und schob dann den käuflichen Gottesmann mit einer stolzen Handbewegung beiseite, indem er sprach:

„Geh Deiner Wege!"

Festen Schrittes betrat er dann das Schafott.

Grabesstille ringsum . . . allen erstarb jeder Laut auf den Lippen, als sie zum Verurteilten hinaufschauten. . . .

Er aber stellte sich auf die Bank, ergriff den Strick, blickte nach allen Seiten und rief mit lauter Stimme:

„Es lebe die Revolution! Hoch die Sozialdemokratie! Nieder mit dem Zarismus!"

Dann warf er den Strick um seinen Hals und rückte ihn mit beiden Händen zurecht. Der Henker beeilte sich ihm die Bank unter den Füßen wegzustoßen.

Der Unglückliche schwebte zwischen Himmel und Erde. . . . Nach einigen Minuten rutschte der schlecht befestigte Strick vom Haken herab, und zu allgemeinem Entsetzen stürzte der Arme krachend aufs Schafott.

Der Körper zuckte konvulsivisch, ein Knirschen hörte man in der Gurgel und die krächzenden Worte: „He-enkt mi-ch — h-enk-t!"

Der Arzt kam hinzu, berührte den vor Schmerz zappelnden Helden und befahl dem Henker:

„Nochmals aufknüpfen!"

Der Henker befestigte dann den Strick und henkte den halbtoten Verurteilten zum zweitenmal. —

Die Nachricht vom heldenhaften Tode des Freiheitskämpfers drang auch zu Ohren des Generalgouverneurs. Unzufrieden runzelte er die Brauen und bemühte sich, solche Hinrichtungsbedingungen zu schaffen, die keine Sympathie für die Märtyrer aufkommen ließen, und zwar sogar unter den paar Auserwählten, die der Hinrichtung beiwohnten. Seither werden die Hinrichtungen nach neuer Methode vollzogen — wie ich das schon dargestellt habe.

Es ist hier zu bemerken, daß General Skallon eine sehr rege Teilnahme bekundet an allem, was mit dem Menschenblutvergießen verbunden ist. Nach seiner Auswahl wurde das aus lauter Henkern bestehende Kriegsgericht zusammengesetzt und — wie die Leser schon gesehen haben — diese Auswahl konnte nicht passender sein.

Das Gericht wird von Skallon selbst, wie seine eigne Kanzlei, geleitet. Er empfiehlt den Richtern, Unschuldige zum Tode zu verurteilen. Und die ergebenen Kreaturen verurteilen sie und morden.

Skallon bestätigte alle Todesurteile und berücksichtigt keine Kassation. Schließlich ließ er auch siebzehn Menschen auf Grund des zwölften Kriegsartikels erschießen, und zwar ohne gerichtliche Untersuchung. Der Generalgouverneur, ein überaus blutdurstiger Wüterich, vergoß während seiner kurzen Regierungszeit in Polen so viel Menschenblut, daß er schon darin ersaufen könnte. Jeden bestrafte er mit dem Tode, den er nur konnte. Unversöhnlich und grausam war er gegen alle, die in seine blutbespritzten Klauen gerieten. Zum Ueberfluß ließ er seine Opfer der Tortur unterziehen und schuf jene mittelalterliche Folterkammer, nachdem er einen seltenen Diener, den „Meister" Grün, ausfindig gemacht hatte.

Um so weit wie möglich dem Klagegeschrei des gemordeten Volkes entrückt zu sein, hatte sich Skallon in einem am Stadtende gelegenen schönen Palast eingeschlossen, den ein prächtiger Park umgibt. Dieses blutdurstige zweibeinige Tier hat die Rache des Volkes mit Recht zu fürchten; Skallon umgab sich deshalb mit Spionen und Soldaten und verband seinen Palast mittels eines dichten Telegraphen- und Telephonnetzes mit allen Polizeibezirken und Soldatenkasernen. Diesen Palast verläßt er nie, nirgends läßt er sich blicken, er sitzt in seinem Kabinett und regiert das Land mit Hilfe des Telegraphen und des Telephons. Im Palast herrscht so große Strenge, daß nach 9 Uhr abends niemand mehr eingelassen wird.

Als vor einigen Monaten gegen ihn ein Attentat verübt werden sollte, mußte man zu ungewöhnlichen Mitteln greifen, um den Tyrannen aus diesem Palast zu locken. In dieser Absicht verkleidete sich ein Revolutionär als Offizier und insultierte auf öffentlicher Straße den deutschen Konsul. Deshalb mußte Skallon, gern oder ungern, dem Konsul eine amtliche Visite abstatten und den Beschimpften um Entschuldigung bitten. Auf dem Wege dorthin warf man unter seinen Wagen einige Bomben, Schüsse wurden abgefeuert — leider vergebens.

Diesmal entging er dem Tode.

Aber er entging nicht einer tausendmal schwereren Strafe. Das vergossene Blut läßt ihm keine Ruhe, es will ihn erwürgen. Blut schreit nach Blut! Skallon wird von einer sonderbaren Krankheit bedrängt. Man weiß nicht, aus welchem Grunde: er sammelt die Photographien aller auf seinen Befehl gemordeten Menschen. Der Gendarmerievorstand sammelt sie eifrig und stellt sie in seinem Kabinett auf den Schreibtisch. Zahlreich sind die Bilder, sehr zahlreich — der ganze Schreibtisch ist mit ihnen belegt.

Wenn der General seine Staatsgeschäfte erledigt, liebt er es, die Photographien anzusehen; unverwandt betrachtet er die Gesichtszüge der Hingerichteten — den Ausdruck ihrer Augen. Hin und wieder betrachtet er sie lange, sehr lange . . . er kann seine Augen nicht abwenden . . . wie gebannt starrt er sie an. . . . Gedankenvoll steht er dann langsam auf, verschließt die Kabinettstür und wandert ruhelos umher.

Von Zeit zu Zeit bleibt er vor den Photographien stehen und wendet sich an sie mit der Ansprache:

„Wollt Ihr denn nicht verstehen, daß ich gar nicht anders handeln konnte? . . . Mußte Euch zum Tode verurteilen . . . ja mußte . . . Wenn ich Euch nicht hingerichtet hätte, so hättet Ihr mich ermordet . . . Ich hatte keinen andern Ausweg . . . nein, keinen . . . Laßt es Euch endlich sagen . . . versteht mich . . ."

Der General wendet sich ab — gereizt und aufgeregt rennt er im Kabinett umher. Die Ansprache wiederholt er oft, verstärkt seine Stimme, schreit, erregt sich immer mehr . . . immer mehr . . . bis ihn endlich ein Nervenschock niederwirft.

Der Arzt wird schleunigst herbeigerufen, man bemüht sich um den Ohnmächtigen, bis er endlich langsam zum Bewußtsein kommt.

Der Arzt behauptet, der Anfall wäre die Folge einer Nervenüberspannung, deren Ursprung in der allgemeinen physischen Erschöpfung zu suchen sei.

Und was durchlebt denn der General, wenn er den Schatten der durch ihn gemordeten Menschen versichert, daß er an ihrem vergossenen Blut unschuldig sei? Gelang es ihm, sie davon zu überzeugen, und ließen sie davon ab, ihn zu peinigen? Das unschuldig vergossene Blut steigt ihm vielleicht schon zum Halse hinauf — vielleicht ist er schon daran erstickt? . . .

Die Nervenschauer wiederholen sich immer häufiger . . . immer drohender . . . immer heftiger — — —

Ende.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170623-16/fragment/page=0005

da war, das läßt sich natürlich ohne Kenntnis der näheren Verhältnisse nicht ohne weiteres beurteilen. Man kann jedenfalls der Ueberzeugung sein, daß diese Maßnahme von den Gemeinden nur unter dem Drucke der Not beschlossen worden ist, denn gerade die Städte wissen über die Trostlosigkeit ihrer Ernährungsverhältnisse ein bitteres Liedchen zu singen und sind auch von der allgemeinen Stimmung zu genau unterrichtet, als daß sie mit solchen Dingen leichtherzig vorgehen würden. Zumeinem beruhigt es auch ruhiger Denkende nicht gerade angenehm, daß ausgerechnet die Provinz Sachsen mit dieser Herabsetzung beginnt — wenigstens liegt bis jetzt eine ähnliche Meldung aus andern Teilen des Reiches nicht vor — und daß damit die seit der Kürzung der Kartoffelration durchgeführte Erhöhung der Fleischration so gut wie illusorisch gemacht wird, sintemalen nunmehr trotz aller Verkaufsillusionen die gesamte Fleischzuweisung sinkt. Vielleicht wäre da von vornherein eine noch vorsichtigere Berechnung am Platze gewesen. —

* * *

Ueber die Zuckerverhältnisse

läßt sich jetzt die Reichszuckerstelle aus. Danach gehen bei ihr fortgesetzt Klagen über zu große Anhäufung von Zuckervorräten in den Raffinerien ein, Klagen, mit denen vielfach die Aufforderung verknüpft wird, von diesen Mengen der Bevölkerung mehr zuzuteilen. Darauf antwortet die Reichszuckerstelle, daß tatsächlich in den Raffinerien jetzt Zuckervorräte von einer Größe vorhanden wären, die die Bestände des vorhergehenden Jahres zur selben Zeit erheblich übertreffen. Doch sie sind erforderlich, um den Zuckerbedarf von Heer und Marine, der Bevölkerung und der gewerblichen Betriebe im bisherigen Umfang für den Rest des Wirtschaftsjahrs und für die Uebergangszeit unter allen Umständen sicherzustellen. Da nun außerdem neuerdings den Kommunalverbänden der Bedarfsanteil für weitere drei Monate sowie die besondere Zulage für die häusliche Obstverwertung überwiesen wurde, werden die in den Raffinerien vorhandenen Zuckerbestände durch Abführung in den Verbrauch eine rasche Abnahme erfahren. Eine Erhöhung der Zuckerzuweisungen an die Bevölkerung würde nur zur Folge haben, daß am Ende des Wirtschaftsjahrs die Zuweisungen vermindert werden müßten. Deshalb kann eine Aenderung der Verteilung des Zuckers oder eine Erhöhung der einzelnen Anteile bei einer genauen Kenntnis der Lage der deutschen Zuckerwirtschaft zurzeit nicht verantwortet werden. —

*

Verbot der Herstellung von Pflaumenmus.

Die zuständige Kriegsgesellschaft in Berlin für Obstkonserven und Marmeladen hat durch Bekanntmachung jede Art der Herstellung von Pflaumenmus zum Zwecke des Absatzes und jeden Abschluß von Verträgen über Herstellung und Lieferung von Obstkraut, insbesondere Apfelkraut, ohne ihre Genehmigung untersagt. —

Haushalt der Bethcke-Lehmann-Stiftung.

Von den Stiftungskapitalien sind 1 Million Mark zu 3½ Prozent angelegt, 500 000 Mark zu 5 Prozent und 50 000 Mark zu 4½ Prozent. Die Zinsen betragen 62 250 Mark. Die Frauenschule zahlt 1500 Mark für Miete, 400 Mark für Heizung, Licht und Reinigung und 600 Mark Beitrag zum Gehalte des Hausmeisters. Die Gesamteinnahme beziffert sich auf 74 700 Mark.

Wie für das Riebeckstift, so sind auch für die Bethckestiftung von der Darlehnskasse 539 000 Mark zu 5½ Prozent aufgenommen worden, um 550 000 Mark Kriegsanleihe zu erwerben. Die städtische Sparkasse hat 90 000 Mark zum Bau eines Säuglingsheims vorgestreckt. Zinsen und Rückzahlung erfordern alles in allem 34 923 Mark. Für Gebäude und Grundstücke werden 9400 Mark aufgewendet, darunter 3000 Mark für den Garten, 2000 Mark für Brennstoffe, 1000 Mark für Beleuchtung, 800 Mark für Wasser, 250 Mark für Gerätschaften.

Der Hausmeister bezieht 1400 Mark Gehalt. Die Lehrkräfte für den Knabenhort erfordern 1150 Mark, für den Mädchenhort 950 Mark. Für Vesperbrot und Kakao sind 600 Mark ausgeworfen, für Brötchen ebenfalls 600 Mark. Die Kosten der Verbrauchsstoffe für den Handarbeits- und Handfertigkeitsunterricht sind mit 1650 Mark eingestellt. Geldbeihilfen an frühere Anstaltsbesucher können im Gesamtbetrag von 1000 Mark gewährt werden; eine gleiche Summe kann jungen Leuten beider Geschlechter zukommen zur Förderung ihrer früheren kaufmännischen oder gewerblichen Ausbildung. Die Unterhaltung und der Betrieb des Säuglingsheims und der Kinderschule ist mit 13 100 Mark veranschlagt worden.

Eine getrennte Verwaltung besitzt das Jugendheim, dem 27 820 Mark Einnahmen aus Kapitalzinsen zur Verfügung stehen. —

---

* **Die Ausgabe der Warenbezugsscheine** (Serie VII) findet vom 25. Juni ab in den städtischen Markenausgabestellen zugleich mit der Ausgabe der Brotmarken statt. —

* **Amtliche Bekanntmachungen** über Höchstpreise für Fleisch und Fleischwaren, über eine Verbrauchsanzeige der Milchproduzenten und -händler sowie über den Verkehr mit Zuckermitanschkarten befinden sich in der vorliegenden Nummer unsers Blattes, worauf hiermit besonders hingewiesen sei. —

* **Städtisches Nahrungsmittelamt.** Montag vormittag von 8 bis 12 Uhr findet ein Verkauf von Edamer Käse auf die Nummern 65001 bis 70000 statt, nachmittags von 2 bis 6 Uhr an alle übrigen Haushaltungen. —

* **Die Stadtverordneten-Sitzung** am Montag fällt aus. —

* **Die Universitäts-Ausstellung** im Archäologischen Museum, von der wir gestern bereits kurz schrieben, weist eine Menge interessanter Einzelheiten auf, die sämtlich mit der Geschichte hauptsächlich der Wittenberger Universität in Verbindung stehen. So sind Statuten, Autographien, Stammbücher, sogar Anschläge vom schwarzen Brett vorhanden, außerdem seltene Drucke, wie Bibeln, Streitschriften, Chroniken, Erstdrucke von Schleiermacher, Niemeyer, Gesenius usw., weiterhin Bildnisse (Gemälde und Kupferstiche) tätig gewesener altehrwürdiger Professoren, von Gebäuden, Trachten usw., endlich sind auch Banner und sonstige Universitätsinsignien ausgestellt. Wer Interesse an solchen Dingen hat, dem sei der Besuch dieser Ausstellung sehr empfohlen; er wird dadurch sicherlich angeregt werden. —

* **Ferienkolonie Silberhütte im Harz.** Obwohl zahlreiche Stadtkinder in diesem Jahre durch die Unterbringung auf dem Lande eine weitgehende Fürsorge für ihre Gesundheit genießen, ist doch auch noch das dringende Bedürfnis nach Ferienkolonien vorhanden. Auf mehrfache Wünsche hin hat deshalb der Gruppenvorstand der sachsen-anhaltischen Vereine für Gesundheitspflege (Naturheilvereine) entschlossen, die seit Jahren so beliebte und erfolgreiche Ferienkolonie Silberhütte auch in diesem Jahre durchzuführen. Aufgenommen werden Knaben und Mädchen im Alter von 9 bis 15 Jahren, auch von Nichtmitgliedern. Die Kosten für 4 Wochen betragen etwa 60 Mark. Leiter der Ferienkolonie ist Lehrer K. Donath in Dessau, Friederikenplatz 17a. Meldungen und Anfragen für Halle sind an den Vorsitzenden des Vereins „Gesundheitspflege" Franz Heinck, Dryandersträße 32, baldigst zu richten.

— **2,20 Mark für 1 Pfund Kartoffeln.** Eine Anzahl Blätter brachten folgende Meldung: „Ein Rekord im Preiswucher wurde in Dresden verzeichnet. Wie ein Dresdner Blatt meldet, wurden an einer Stelle Kartoffeln das Pfund mit 2,20 Mark verkauft. Auf Anfrage erklärte das Kriegswucheramt, es liege kein Kriegswucher vor, da man die Herkunft der Kartoffeln nicht kenne. Mittags wurden für die Kartoffeln in dem betreffenden Geschäft bereits 2,90 Mark bezahlt."

Hierzu wird folgende Richtigstellung des Kriegswucheramts für das Königreich Sachsen mitgeteilt: Das sächsische Kriegswucheramt hat sich über die Sache überhaupt noch nicht geäußert, mithin ist eine Erklärung, es liege kein Kriegswucher vor, nicht abgegeben worden. Der Dresdner Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts" erfährt aber von dem Vorsitzenden des Kriegswucheramts daß eine Untersuchung bereits eingeleitet worden sei. Es steht danach schon jetzt fest, daß tatsächlich ein Preis von 2,20 Mark für das Pfund Kartoffeln verlangt und auch bezahlt worden sei.

So weit ist es also gekommen, daß man wagt, 2,20 Mark für 1 Pfund Kartoffeln zu verlangen. Das entspricht einem Zentnerpreis von 220 Mark. Solche Kunststücke bringt der Handel jetzt fertig, wenn er sich der Kontrolle entziehen kann. —

Vom Schleichhandel. Interessante Einblicke hinter die Kulissen eines umfangreichen Schleichhandels, der zwischen Warnemünde und Berlin seit langem im Gange war, eröffnete eine Verhandlung vor der Rostocker Strafkammer. Schon längere Zeit, besonders aber im letzten Winter, wurden von der Rostocker Hafenstadt Warnemünde aus große Mengen Butter, Fleisch, geräucherter Schinken, Speck und Wurst auf verbotenem Weg und unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen nach der Reichshauptstadt geschafft. Die Waren wurden in Berlin zu Wucherpreisen verkauft. Zwei Schiffer, Brüggemann und Kohlmann, kauften die Waren auf und ließen sie zum Teil durch Warnemünder Einwohner oder Angestellte der Berliner Firmen, Kohlmann hauptsächlich durch seine Braut Lina Müller, nach Berlin schaffen. Auf diese Weise sind Fleischwaren und Butter zentnerweise nach Berlin gelangt. Sogar nach Einleitung des Strafverfahrens hat Kohlmann noch Butter, Seife und Schokolade angekauft und durch seine Braut mit hohem Verdienst nach Berlin verkauft. Die Strafkammer verurteilte Brüggemann zu 4 Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, Kohlmann zu 8 Monaten und 1000 Mark Geldstrafe, Lina Müller zu 2 Monaten, Winter zu 5 Monaten und 2100 Mark Geldstrafe. Ferner wurden ein Fischer, ein Bootsmann, ein früherer Weichenwärter und dessen Tochter, ein Bahnwärter und ein Abfertigungsbeamter zu Geldstrafen wegen Beihilfe zur Fleischausfuhr verurteilt. —

* **In der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen,** Kaiserstraße 57, liegt eine Liste meist größerer ländlicher Güter Elsaß-Lothringens aus, die als feindliches Eigentum demnächst verkauft werden sollen. —

* **Zünder-Explosion.** Mehrere Knaben fanden auf einem unbenutzten Grundstück an der Krausenstraße einen noch nicht abgeschossenen Granatzünder. Einer der Knaben brachte diesen zur Entzündung und verletzte sich an der rechten Hand schwer, ein andrer wurde an beiden Händen leicht verletzt. Beide mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. —

* **Von der Straße.** In der Magdeburger Straße riß der Leitungsdraht der Stadtbahn. Eine Betriebsstörung trat nicht ein. —

* **Warnung vor den Gefahren der Straße.** Mit Rücksicht auf die jetzt häufig ungenügende Beaufsichtigung der Kinder werden Eltern, Lehrer und Erzieher ersucht, die Jugend zum richtigen Verhalten auf der Straße, insbesondere mit Hinweis auf die Gefahren des Straßenbahnbetriebes, anzuhalten. Als Richtschnur werden die folgenden Merksätze empfohlen: 1. Steige stets in der Fahrtrichtung mit der linken Hand am Griff vom Straßenbahnwagen. 2. Ueberschreite niemals eine Straße, ohne dich vorher nach links und rechts umgesehen zu haben. Bleibe zurück, wenn Straßenbahn. Automobile oder Geschirre schon nahe herangekommen sind. Beachte die Warnungszeichen, die von derartigen Fahrzeugen gegeben werden. 3. Ueberschreite die Straße zwar in schnellem, aber nicht in hastigem Schritt, nie in schräger Richtung, sondern immer in rechtem Winkel. 4. Spiele und laufe nicht, aber verweile auch nicht auf der Fahrstraße, insbesondere nicht an den Straßenkreuzungen. Vor allem hüte dich vor Wettlaufen mit fahrenden Wagen. Herannahende Straßenbahnwagen, Automobile und Fahrzeuge bringen dich sonst in Gefahr. 5. Es ist gefährlich, kurz vor oder dicht hinter einem Straßenbahnwagen oder Fuhrwerk die Straße zu überschreiten. Halte dich auch nicht an fahrenden Straßenbahnwagen fest oder hänge dich an diese an, um ein Stück mitzufahren, du kannst dabei leicht überfahren werden. 6. Halte dich nicht unnötig an Straßenecken auf, weil dort die meisten Gefahren drohen. 7. Auf dem Bürgersteig gehe möglichst rechts und weiche rechts aus. In den Straßen, wo die Straßenbahngleise nahe am Bürgersteig liegen, gehe nicht am Rande auf den Vorschwellen entlang, sondern möglichst weit davon entfernt. —

* **Gestohlen** wurden am 18. Juni: eine silberne Damenschlüsseluhr mit weißem Zifferblatt und römischen Zahlen; 2 Dutzend weißleinene Taschentücher, weiß gez. „L. S."; 5 bis 6 Paar schwarze Damenstrümpfe, gez. „L. S."; 2 weiße Damenbeinkleider, rot gez. „L. S."; ein großes schwarzwollenes Umschlagetuch; 1 Paar neue hohe schwarze Damenschnürstiefel, Größe 37; in der Nacht vom 19. zum 20. Juni: drei Triebriemen, 840, 860 und 880 Zentimeter lang, 17, 8 und 8 Zentimeter breit und 6, 4 und 4 Millimeter stark. —

Konzerte.

Zörbig. Am Sonntag finden zwei Konzerte statt: nachmittags 3½ Uhr und abends 7½ Uhr. —

Bad Wittekind. Am Sonntag Frühkonzert. Anfang ½7 Uhr. Außerdem Konzert am Nachmittag. Anfang 3½ Uhr. —

Aus der Provinz.

Der Arbeitsnachweisverband Sachsen-Anhalt

berichtet soeben über sein Geschäftsjahr 1916/17. Danach standen Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweise auch während des abgelaufenen Geschäftsjahrs vollständig im Zeichen des die Männer entziehenden Krieges. Männliche arbeitsfähige Arbeitslose gab es so gut wie gar nicht; deren Vermittlung sank auf 48 578 gegen 70 008 in 1915 und 88 715 in 1914. Dagegen machte sich von Monat zu Monat eine Zunahme der Frauenarbeit und, wegen der höheren Geldlöhne in der Industrie, eine größere Knappheit an Dienstboten und Aufwartungen, sowie Streben der Arbeiterinnen vom Lande in die Industrie und starkes Ueberangebot arbeitsloser Arbeiterinnen nach Orten mit lohnender Arbeit bemerkbar.

Für militärische Interessen ist der Verband noch beträchtlich stärker als im Vorjahr in Anspruch genommen worden. Die Begutachtung von Anträgen auf Zurückstellung kriegsverwendungsfähiger wurde auf die Zurückstellung von Heerespflichtigen überhaupt ausgedehnt. Daneben wurde mit dem Generalkommando in Magdeburg ein wirksames Verfahren für die Ersatzvermittlung kriegsverwendungsfähiger verein bart; die dann auf alle heerespflichtigen kaufmännischen und technischen Angestellten ausgedehnt wurde. Bei der Durchführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst fiel dem Verband und den öffentlichen Arbeitsnachweisen eine bedeutsame Rolle zu. Seine Zentralauskunftsstelle, nunmehr „Zentralauskunftsstelle Sachsen-Anhalt", wurde von der Kriegsamtstelle in Magdeburg mit der Organisierung und praktischen Durchführung der Arbeitsvermittlung für den vaterländischen Hilfsdienst im Bezirk des 4. Armeekorps (einschl. Sachsen-Altenburg) betraut und arbeitet mit dieser Stelle auf das reinste und förderlichste zusammen. Die Gesamtzahl der Vermittlung von Kriegsbeschädigten stieg im Berichtsjahr auf 1402 (gegen 356 am Schlusse des Vorjahrs).

Der Ausbau des Verbandsnetzes erfuhr durch die Bundesratsverordnung vom 14. Juni 1916 einen erfreulichen Antrieb. Danach können die Landeszentralbehörden die Gemeinden oder Gemeindeverbände verpflichten, öffentliche, unparteiliche Arbeitsnachweise zu errichten und auszubauen. Einen wichtigen Schritt bedeutete auch die Gründung der Zentralauskunftsstelle für Arbeitsnachweis bei der Verbandsgeschäftsstelle. Ihre Hauptaufgabe neben der Auskunftserteilung in Arbeitsvermittlungsfragen an die Arbeitsnachweise aller Art und sonstige Beteiligte ist die Förderung des zwischenörtlichen Verkehrs zwischen den öffentlichen und nichtöffentlichen Arbeitsnachweisen. —

Die Abhaltung von Pferdemärkten

innerhalb des 4. Armeekorpsbezirks ist vom stellvertretenden Kommandierenden General bis auf weiteres verboten worden, da die bisherigen Ergebnisse der Pferdemärkte im Jahre 1917 für die Pferdeversorgung im Wirtschaftsleben keinerlei Nutzen gehabt haben, es sich sogar herausgestellt hat, daß dadurch der Kettenhandel gefördert und eine ungesunde Preissteigerung hervorgerufen worden ist. —

Eisleben. (Verunglückt.) Auf dem Zirkelschacht bei Klostermansfeld ist der 48 Jahre alte Hauer Karl Schmidt, ein Vater von neun Kindern, durch das vorzeitige Losgehen eines Schusses tödlich verunglückt. Der Vorfall ist um so mehr zu bedauern, als der Verunglückte nach zweijährigem Aufenthalt im Felde erst auf Reklamation hin zur Arbeit gekommen war. —

— (Diebstahl.) Während einer der letzten Nächte ist auf dem Hohenthalschacht bei Helbra ein 15 Meter langes Treibriemenstück gestohlen worden, das zur Streckenförderanschine im Hauptquerschlag des Schachtes gehörte.

Merseburg. (Eine Bestandsaufnahme) von Hühnern, Enten und Gänsen samt dem voraussichtlichen Eierertrag dieser Tiere haben die hiesigen Geflügelhalter sofort vorzunehmen und am Montag, auf dem Rathaus abzugeben. —

— (Zum Stellvertreter des Landrats,) der bekanntlich nach Belgien geht, ist der Regierungsassessor v. Grone bestimmt worden. — Uebrigens ist Herr v. Wilmowski gelegentlich der Hundertjahrfeier der Hallischen Universität zum Ehrendoktor der philosophischen Fakultät ernannt worden. —

— (Diebstahl.) In der Sternbergschen Badeanstalt sind einem Badenden aus verschlossener Zelle ein Portemonnaie mit Geld und sechs Fettmarken für die laufende Woche sowie eine Uhr mit Kette gestohlen worden. —

Weißenfels. Zur Sparsamkeit im Gebrauch des Schuhwerks wird vom Magistrat ermahnt. Er gibt bekannt: „Die der Stadt für die bedürftige Bevölkerung zur Verfügung stehende Ledermenge geht auf die Neige. Die Lederknappheit ist, wie überall, eine sehr große. Es wird daher jedem im eigenen Interesse dringend ans Herz gelegt, mit dem Schuhwerk möglichst sparsam umzugehen. Vor allen Dingen empfehlen wir der Eltern, darauf zu achten, daß das Schuhwerk der Kinder nicht durch für die jetzige ernste Zeit unnötigen Sport, wie Fußballspielen, Tauspringen usw. erheblich früher gebrauchsunfähig gemacht wird." Zugleich teilt er mit, daß die städtische Armahmstelle für getragene Kleidungsstücke usw., Marienstraße 1a, auch alle mehr wiederherstellbaren Schuhe, Pantoffel, Schlappen usw., soweit an diesem Schuhwerk Lederteile vorhanden sind, und alle von solchem stammenden Lederabfälle annimmt. Für den einzelnen sind solches Schuhwerk und Lederabfälle wertlos, durch sachgemäße Verarbeitung in den Altlederlagern der Reichsbekleidungsstelle werden sie aber der Allgemeinheit wieder nutzbar gemacht und auf diesem Wege Ersatz für neues Leder geschaffen. Es sei also vaterländische Pflicht, jedes unbrauchbare Schuhwerk — und mag es auch noch so schlecht sein — und was diesem stammende Lederabfälle abzuliefern. —

Aus der Parteibewegung.

Meinungsäußerung — nicht Parteizerstörung!

Sehr beherzigenswerte Worte von allgemeiner Bedeutung richtet der Reichstagsabgeordnete Genosse Stücklen in der Chemnitzer „Volksstimme" an die ihm und der Partei treu gebliebenen Genossen seines (des 15. sächsischen) Wahlkreises, nachdem er erleben mußte, daß die Unentwegten seines Kreises trotz (oder auch gerade wegen) seines steten Lavierens die Kreisorganisation durch Uebertritt zu den sogenannten Unabhängigen zerstört haben. Er schreibt unter anderm:

„Was die Partei gerade während dieses entsetzlichsten aller Kriege im Interesse der breiten Massen des arbeitenden Volkes, der Kriegerfamilien und nicht zuletzt unserer feldgrauen Brüder geleistet hat, ist unbestritten. Darin liegt eine solche Unsumme von Arbeit, daß es einfach nicht zu verstehen ist, wie man behaupten kann, die Partei hätte die Interessen der Arbeiterklasse preisgegeben. Mit dem Festhalten an der Partei wird keinem Genossen zugemutet, auf Kritik an dem Verhalten der Parteiinstanzen zu verzichten. Selbstverständlich kann man verschiedener Meinung darüber sein, ob die eingeschlagene Taktik richtig war, ob diese oder jene Maßnahme ein Ausfluß der Klugheit gewesen ist oder etwa das Gegenteil davon darstellt. Die Kritik soll nicht beschränkt, die Meinungsfreiheit nicht etwa in Fesseln geschlagen werden. Aber der Zerstörung der Partei muß entgegengetreten werden, von welcher Seite immer dieses Werk versucht werden sollte. Die Arbeiterschaft soll nicht zum Spielball für eine Anzahl von Rechthabern um jeden Preis werden.

Wenn der Krieg zu Ende ist, dann wird eine geschlossene Arbeiterbewegung nötiger sein als je. Ich habe mir von der bereits recht sagenhaft gewordenen Neuorientierung nie viel versprochen, unsre politischen Gegner haben sich in nichts geändert. Wir werden nach dem Kriege schwere politische und nicht minderschwere wirtschaftliche Kämpfe bekommen: in diesen Zeiten soll man das Schauspiel erleben können, daß die deutschen Sozialdemokraten sich gegenseitig selbst zerfleischen, daß ihre konzentrierte Kraft gegen den gemeinsamen Feind der Arbeiterklasse einzusetzen? Wer das, gerade im Interesse der Arbeiterklasse, vermeiden will, der darf der Partei nicht den Rücken kehren, der muß im Gegenteil seine ganze Kraft einsetzen, die Partei für die kommenden Kämpfe zu stärken. Haß, Zorn und Verärgerung sind stets schlechte Berater gewesen, einzig allein Vernunft und Ueberzeugung dürfen für das Handeln bestimmend sein. Dann aber kann man nicht auf die doch recht absurde Idee kommen, erst alles kurz und klein zu schlagen, um dann auf den Trümmern neu aufzubauen.

Die Spaltung gerade in diesem Moment war um so überflüssiger, als demnächst der Parteitag zusammentritt, der sicher manchen Irrtum aufklären, manches Mißverständnis beseitigen wird, der aber auch zeigen muß, daß die Partei das bleibt, was sie war, die Partei des proletarischen Klassenkampfs. Wer der Partei den Rücken gekehrt hat, darf allerdings dann nicht darüber klagen, daß er von der Mitwirkung auf dem Parteitag ausgeschlossen ist."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170623-16/fragment/page=0006